SABOTAGE

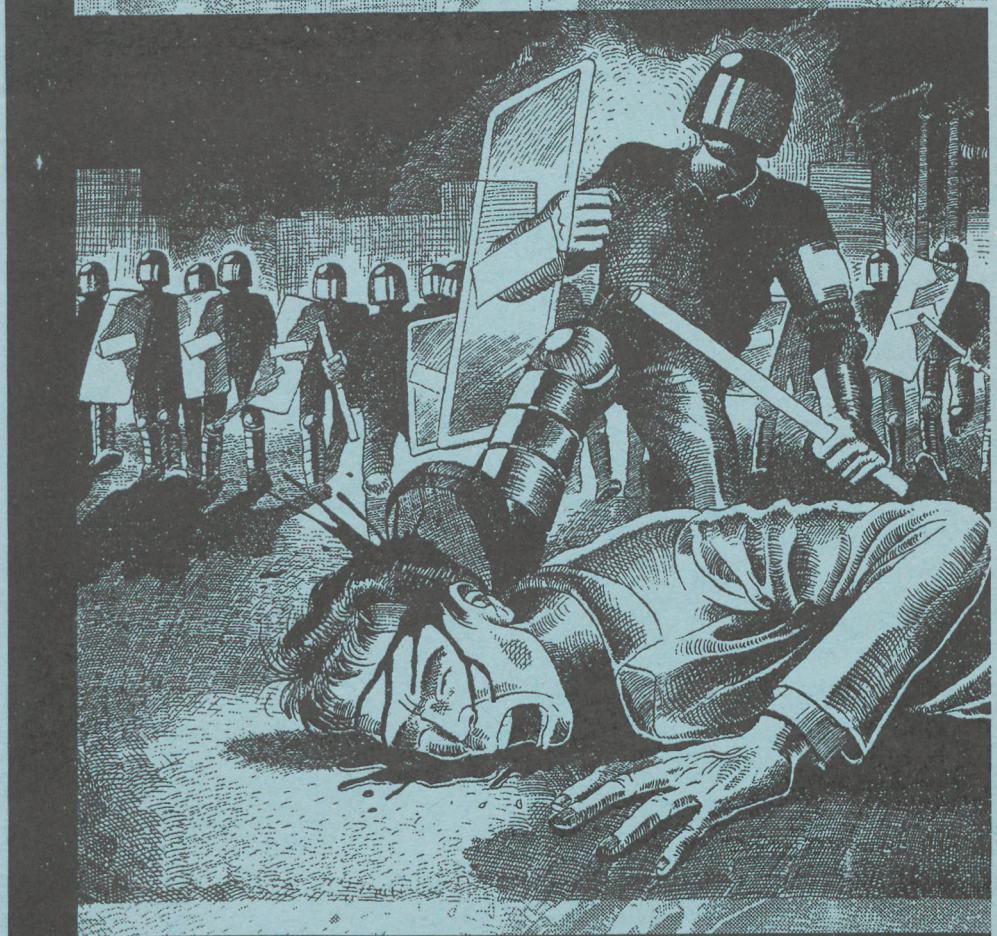
kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 32

06/98

4. Jahrgang



REVOLTE IN INDONESIEN • "LINKSREGIONAL": INTERVIEW MIT DER AA AO • BRAUNSCHWEIGER ANTIFA IN KOP-HAFT • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

„Bei Informationen identifiziert man die Glaubwürdigkeit des Gesagten mit der Zuverlässigkeit der Quelle, die sie ausgibt." *

Zumindest *sollte* mensch das tun. Aber, als kritisch-bewußte Menschen bekommen wir tagtäglich leidvoll zu spüren, daß der bürgerlich-kapitalistische Medienapparat hinsichtlich seiner primären Aufgabe, die öffentliche Meinung im herrschafts**stützenden** Sinne zu manipulieren, immer noch nahezu perfekt funktioniert. Der Mai, den wir hier „highlightorientiert" Revue passieren lassen wollen, ist dafür mal wieder das beste Beispiel. „Highlightorientiert" heißt, daß wir uns aufgrund unserer begrenzten Redaktionskapazität auf das beschränken *müssen*, was *wir* für wichtig halten. Und das ist angesichts dessen, was auf dieser Welt jeden Monat zu beobachten ist, ein minimaler, oftmals regional begrenzter Ausschnitt. Aber er reicht allemal aus, um eine der Folgen der

Inhaltsverzeichnis:

zentren häuser wagenplätze

Das verflixte 7. Jahr! - Sieben Jahre Autonomes Zentrum Heidelberg 5
Noch immer kein Ersatz fürs AZ in Sicht - Räumung in wenigen Monaten! 7

internationales

Indonesien - Aufstand gegen Diktatur und IWF 9
Antifaschist aus Braunschweig in Gefangenschaft der „Demokratischen Partei Kurdistans" (KDP) 12

repression

Schnellverfahren und Hauptverhandlungshaft 14
Erklärung der Roten Hilfe e. V. zu den bundesweiten Staatsschutzangriffen gegen AntifaschistInnen vom 12.05.1998 15

neues aus den infoläden

„Antirassistisches Geschichtsbuch. Quellen des Rassismus im kollektiven Gedächtnis der Deutschen" 16

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Juni 18

antifa

Zusammen kämpfen-zusammen feiern! - Antifaschistisches Straßenfest in Heidelberg 20
1. Mai in Leipzig - Kein Erfolg für Nazis - Repression gegen Heidelberger Antifas! 22
„Setzt den Faschisten entschlossenen Widerstand entgegen!" 24

linksregional

„Für uns bedeutet Antifaschismus der Kampf ums Ganze." Interview mit der Autonomen Antifa Heidelberg 26

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 32

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Juni 36

Hegemonie der herrschenden Ideologie auf das Meinungsbild der breiten Öffentlichkeit transparent zu machen: Gewalt geht in der bürgerlichen Presse - von *FAZ* über *Die Welt*, *Der Spiegel*, *FOCUS* bis hin zu *taz* oder *Frankfurter Rundschau* - immer nur von denen aus, die via kollektiver Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols gerade jene Gewaltverhältnisse überwinden wollen, die ein freies, solidarisches Leben systematisch verhindern. Und sich zu diesem Zwecke organisieren und dann dort Widerstand leisten, wo er effektiv ist. Im Mai waren das vor allem die Aktivitäten um den Internationalen ArbeiterInnenkampftag herum, die das weiter oben Postulierte in aller Konsequenz untermauern:

In der Nacht zum 1. Mai hatten sich auf dem Schloß etwa 50 Verbindungsbrüder und noch mal etwa so viel militante Neonazis zum burschenschaftlichen Maiansingen eingefunden. Seit 1997 meiden sie - aufgrund vehementen antifaschistischen Widerstands - den Marktplatz, in dessen Nähe dieses Jahr ein von einem breiten linken Bündnis getragenes, gutbesuchtes Straßenfest mit Agit-Prop-Theater, Trommelsession, palästinensischer Tanzeinlage und DJ-Session stattgefunden hatte, und ziehen sich zum Singen der drei Strophen des Deutschlandliedes und zum vereinzelten Zeigen des Hitlergrußes irgendwohin zurück. Dieses Jahr - wie gesagt - aufs Schloß, wo sie von einem für Heidelberger Verhältnisse großen Polizeiaufgebot geschützt wurden: vor etwa 150 Menschen, die dem nationalchauvinistischen Treiben ein Ende bereiten wollten. Aber: Welche waren - laut Rhein-Neckar-Zeitung - gekommen, um „Randale" zu machen? Selbstverständlich nicht die, die mit imperialistischer Gewalt verwobenes Liedgut zum Besten geben oder in Form eines Polizeikessels das staatliche Gewaltmonopol repräsentieren, sondern die „gewaltbereiten" Linken!

Am 1. Mai waren mehr als 5 000 (militante) FaschistInnen zum symbolträchtigen Völkerschlachtdenkmal gekommen. Verhindern wollten diesen gewaltsamen Auftritt von rechts etwa genauso viel GegendemonstrantInnen. Gehindert wurden sie daran von mehreren Tausend Polizi-

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1998
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

stInnen, die sie vor dem Völkerschlachtdenkmal stoppten und mit Wasserwerfern und Schlagstökken in die Seitenstraßen des Stadtteils Stötteritz drängten. Gewalt ging auch hier - laut gleichgeschalteter Presse - vor allem von den „ReisechaotInnen", ein bißchen von den militanten Stiefelnazis, aber überhaupt nicht von der fröhlich knüppelnden, wasserwerfenden, Schneisen in Menschengruppen schlagenden Polizei aus.

Am Mittag des 1. Mai hatten sich etwa 3 000 Menschen zu einer autonomen 1.Mai-Demo am Oranienplatz in Berlin versammelt. Von Anfang an versuchte Schönbohms Knüppelgarde, die Spitze des Demozuges vom Rest herauszulösen, bis sie schließlich so brutal wurde, daß die Situation eskalierte und in eine Straßenschlacht mündete. Auch hier: Schuld an der Eskalation laut bürgerlicher Presse selbstverständlich die gewaltgeilen Linksradikalen.

Am Abend das gleiche Spiel: Fast 10 000 Menschen waren unter dem Motto „Enough is enough" zum Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin gekommen, um den revolutionären 1. Mai zu begehen und ihren Kampf für internationale Solidarität, Selbstbestimmung, soziale und politische Gleichheit massenhaft zum Ausdruck zu bringen. Von Anfang an auch hier das Fahren einer absoluten Eskalationsschiene der Schönbohmschen Law 'n' Order-Exekutive. Auch hier: Schuld am „Gewaltausbruch" sind laut Presse nicht die HüterInnen des auf Gewaltförmigkeit gründenden BRD-Gesetzes, sondern die aus der ganzen Republik angereisten Autonomen.

Aber auch an anderen Tagen des Mai schien die „Gewaltfrage" pressedienstlich geklärt:

Am 3. Mai wieder in Berlin: „Rache" für die am 1. verletzten Bullen. Eine bundesweite Demonstration für einen *Kurzschluß im Herzen der Bestie*, an der etwa 1 000 Menschen aus dem link(sautonom)en Spektrum teilnehmen, wird von den grünen OrdnungshüterInnen brutal zusammengeknüppelt. Die Presse hat die Verantwortlichen auch hier schnell ausgemacht: Das ist selbstverständlich die Gewalt von links, die ein hartes Durchgreifen seitens des Staates erfordert.

Samstag, 16. Mai in Göttingen: Am Ende einer 350 Menschen-Demonstration gegen die bundesweiten Anti-Antifa-Hausdurchsuchungen vom 12.05.98 (siehe auch Presseerklärung in dieser *Sabo*) greift die Polizei völlig unvermittelt den aus 14- bis 17jährigen zusammengesetzten Jugendblock an und verletzt dabei den Göttinger „Ratsherrn" der PDS - Patrick Humke - so schwer, daß dieser ins Krankenhaus eingeliefert werden muß. Grund: Er wollte „beschwichtigend" eingreifen und ein überzogenes Verhalten der grünen Rambos verhindern. Grund für die bürgerliche Presse auch hier: Linke Chaoten, die sich unverständlicherweise darüber aufregen, daß bei einer konzertierten Staatsschutzaktion gegen Antifa- und Rote Hilfe-Strukturen 36 „Objekte" im ganzen Bundesgebiet „durchwühlt" werden. Und deshalb auch noch frech auf die Straße gehen.

Dieser Ausschnitt ließe sich - wie oben bereits angedeutet - noch weiter ausdehnen; am Ende könnte mensch aus dem vorliegenden Material ein geschlossenes Bild zusammensetzen, das als Grundstruktur des bürgerlichen Medienapparates deutbar wäre: „Gewalt" - vor allem im physischen Sinne! - geht in seinem herrschaftsstützenden Funktionalismus *immer* von denen aus, die den nationalstaatlichen Gewaltmonopolismus organisiert infrage stellen, um per revolutionärer Überwindung der herrschenden Verhältnisse eine solidarische Gesellschaft aufzubauen. Eine Gesellschaft, in der die jetzigen Gewaltverhältnisse in einen räterepublikanischen Mutualismus transformiert werden. Für uns als linksradikales Zeitungsprojekt keine Gewalt, sondern entweder Verteidigung oder notwendiges Mittel im Kampf um die Herrschaftslosigkeit.

In diesem Sinne

Autonomes Redaktionskollektiv

* Das Zitat stammt aus dem beim Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße / Verlag Libertäre Assoziation erschienenen Roman „*Vier Hände*" von Paco Ignacio Taibo II (S. 96)

DAS VERFLIXTE 7. JAHR! 7 JAHRE AUTONOMES ZENTRUM HEIDELBERG

Am ersten Juni-Wochenende feiert das Autonome Zentrum Heidelberg seinen siebten Geburtstag. Zwei Tage wird da in der Alten Bergheimerstraße 7a der Bär tanzen (siehe Veranstaltungskalender). Grund genug auch, sich mal wieder mit Vergangenheit, Gegenwart und möglicher Zukunft des AZ auseinanderzusetzen. Neben dem bereits in der letzten Sabo *abgedruckten OB-Wahlkampf-Pamphlet „*Der Kandidat kam in der Sänfte*", mit dem das AZ schlagartig für großes mediales Echo gesorgt hatte, sind Mitte/Ende Mai zwei AZ-Texte „abgesegnet" worden, die unterschiedliche Intentionen haben. Der eine - „*Das verflixte siebte Jahr*" - stammt von der Vollversammlung des Autonomen Zentrums: er reflektiert die politisch-gegenkulturelle Dimension dieser selbstverwalteten Institution. Der andere - „*Noch immer kein Ersatz fürs AZ in Sicht*" - stammt von der Aktionsgruppe AZ: er richtet sich an Menschen, die vielleicht zu einer wie auch immer gearteten Mitarbeit im AZ motiviert werden können. Im Anschluß veröffentlichen wir beide Texte und hoffen fürs AZ, daß es bald „in gesicherten Verhältnissen" weiterarbeiten kann:*

-Sabotage

Das Autonome Zentrum Heidelberg existiert nun schon seit Mai 1991. Ein Grund zum Feiern? Ja, sicher, aber nur, wenn beim feuchtfröhlichen „Begehen" des siebten Geburtstages die aktuelle Situation nicht in den Hintergrund gedrängt wird: Am 31.01.1999 sollen nämlich die sich seit vielen Jahren an diesem zentralen Treffpunkt manifestierenden Aktivitäten im politisch und kulturell unabhängigen Bereich für immer der Vergangenheit angehören! Und warum? Weil sich die Stadt Heidelberg auf ihrem unaufhaltsamen Weg zu einem sicheren **Wohn- und Standort für konsumfreudige ZuzüglerInnen von allen „Schandflecken" befreien will, die ihr ein Dorn im Auge sind.**

Bei der zur Zeit bundesweit zu beobachtenden Umgestaltung des städtischen Raumes zu reinen Konsumzonen sind Orte, an denen politische Widerstände *kollektiv* organisiert und gegenkulturelle Konzepte *massenhaft* umgesetzt werden, lästige Hindernisse, die entweder ersatzlos geschlossen oder an den bedeutungslosen Rand der Ballungszentren gedrängt werden sollen. Von bestimmten Ansprüchen strukturell geprägte Gebäude, in denen revolutionär gesinnte, fundamentaloppositionell orientierte Menschen zusammenkommen können, um gemeinsam Wege zu einer freien, solidarischen Gesellschaftsformation zu finden, sind in den Augen der Stadtregierungen und der jeweiligen Einzelhandelsverbände „rechtsfreie" Räume, die den bürgerlich-kapitalistischen Sicherheits- und Sauberkeitswahn grundlegend erschüttern. Um dieser bedrohlichen Erschütterung effektive Abhilfe zu leisten, müssen die Stadtteile, in denen sich solche Treffpunkte linksoppositioneller Gruppen und Einzelpersonen als politische und kulturelle Faktoren etabliert haben, kapitalistischen Verwertungsinteressen untergeordnet und in diesem Sinne umstrukturiert werden. Im Falle des Autonomen Zentrums Heidelberg bedeutet dies, daß der Stadtteil Bergheim, in dem es sich befindet, in den nächsten Jahr(zehnt)en in eine gigantische Konsummeile verwandelt wird, die sich vom Bahnhof bis zum Bismarckplatz erstreckt und dort an die FußgängerInnenzone anschließt. Und darin oder daran ist dann selbstverständlich kein Platz mehr für ein selbstverwaltetes Zentrum, in dem durch gruppenspezifisches Bewußtmachen gesellschaftlicher Zusammenhänge und Gegensätze ein Kommunikationsprozeß aktiviert wurde, der die unterschiedlichen link(sradikal)en Positionen zum Ausdruck brachte:

In der Alten Bergheimerstraße 7a trifft sich seit sieben Jahren eine Vielzahl politisch und gegenkulturell arbeitender Gruppen und Einzel-

personen; regelmäßig finden stark frequentierte Veranstaltungen statt: Konzerte, Theateraufführungen, Workshops, Kneipen/Volksküchen/Frühstücksbüffets im Café „*Tabula Rasa*", Filmabende, Musiksessions, Discos usw. Es gibt die Etage „Mafalda" nur für FrauenLesben, in der Frauen(gruppen) die Möglichkeit haben, sich ungestört von Männern zu treffen. Es bestehen Werkstätten und Proberäume für nicht-kommerzielle Bands der Region. Außerdem existiert in den Räumen des AZ der Infoladen „*Moskito*", in dem laut Selbstverständnis „unverfälschte, authentische und ansonsten unterdrückte Nachrichten verbreitet werden". Und schließlich findet zweimal im Monat im Keller des AZ die „*UnheilBar*", das von Schwulen und Lesben selbstorganisierte „*LesBiSchwule Kneipentreiben*", statt.

Die hauptsächlich über die wöchentlich tagende Vollversammlung koordinierte Aufrechterhaltung des Gebäudebetriebes ermöglicht die finanzielle Unterstützung einer großen Anzahl link(sradikal)er Gruppierungen, eigenverantworteter Projekte, gegenkultureller Initiativen, die im AZ Veranstaltungen unterschiedlichster Art durchführen oder sich hier zur Entwicklung gesellschaftsverändernder Inhalte und Ziele *frei* treffen können. Diesem Ansatz liegt also eine **Wechselseitigkeit** zwischen dem AZ - dem Zurverfügungsteller der Räume - und den sich darin entfaltenden AnbieterInnen bestimmter (Groß-)Veranstaltungen zugrunde: Über den bei Veranstaltungen jedweder Art erwirtschafteten „Gewinn" sichert sich das Autonome Zentrum *seine* politische Arbeit; im „Gegenzug" erhalten anbietende, politisch unterstützenswerte Gruppen, Projekte, Initiativen einen finanziellen Solidaritätsbetrag, mit dem sie wiederum *ihre* Arbeit aufrechterhalten können. Es wird also auf *gegenseitiger* Basis politisch und kulturell sinnvoll gearbeitet: ehrenamtlich.

Und das soll auch so bleiben!

Deshalb kämpfen wir seit Ende 1996, als das AZ zum ersten Mal die Räume in der Alten Bergheimerstraße 7a verlassen sollte, für den *dauerhaften* Erhalt dieser selbstverwalteten, nichtkommerziellen, unabhängigen Einrichtung. Deshalb haben wir seit dieser ersten Kündigung durch vielfältige öffentlichkeitswirksame Aktionen immer wieder auf unsere Situation aufmerksam gemacht. Deshalb haben seit nunmehr eineinhalb Jahren unter anderem zwei bundesweite Demonstrationen und eine Spontandemonstration mit insgesamt über 1600 Personen, mehrere Flugblattaktionen, Unterstützungskampagnen, zahlreiche Radio-/Zeitungsinterviews, Agit-Prop-Aktionen, Gespräche mit der Stadtverwaltung, Infostände, Podiumsdiskussionen und die Besetzung eines leerstehenden Gebäudes in der Plöck 24 stattgefunden. Mit dem Ergebnis, daß von Seiten der Stadt kein adäquater Ersatz angeboten, aber der bis zum 31.10.1997 bestehende Anwaltsvergleich zwischen AZ und Stadtverwaltung bis zum 31.01.1999 verlängert wurde.

Das ist uns zu wenig!

Deshalb werden wir auch weiterhin solange vielfältigen Widerstand gegen eine Schließung des Autonomen Zentrums leisten, bis wir ein *gleichwertiges* Ersatzgebäude angeboten bekommen haben, in dem wir unsere politische und kulturelle Arbeit nach unseren Vorstellungen fortführen können. Deshalb haben wir am 23.04.1998 einen „Kandidaten der extremen Mitte" ins Heidelberger OB-Wahlkampf-Rennen geschickt: Peter Alexander Plattmann wurde von mehr als 50 begeisterten AnhängerInnen „*auf einer mit rotem Samt verkleideten Sänfte durch die FußgängerInnenzone zu seiner künftigen Wirkungsstätte im Rathaus getragen*". Laut Wahlprogramm hält er „*für die flächendeckende Versorgung Heidelbergs mit selbstverwalteter Kultur und pädagogisch wertvoller Jugendarbeit ... die Einrichtung von*

mindestens zehn autonomen Zentren für erforderlich. Vor allem für Bergheim wäre [seines Erachtens] *der Verlust des dort erfolgreich arbeitenden Autonomen Zentrums ein nicht zu verkraftender Schlag in empfindliche Gefilde*".

Dem schließen wir uns an und fordern zum wiederholten Male:

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!

Freie Kultur und Widerstand lassen sich nicht kündigen! Gleichwertige Ersatzräume sofort!

Die Vollversammlung des Autonomen Zentrums Heidelberg

NOCH IMMER KEIN ERSATZ FÜRS AZ IN SICHT RÄUMUNG IN WENIGEN MONATEN!

Nachdem das Autonome Zentrum Heidelberg (AZ) im Herbst 1997 durch zahlreiche Aktionen für (überregionale) Schlagzeilen sorgte, ist jetzt mittlerweile wieder Ruhe in Heidelberg eingekehrt. Von Seiten der Stadt ist jedoch immer noch kein akzeptables Angebot gemacht worden. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß sich alle (Auch Du!) für das Zentrum engagieren!

Oktober 1997 - Hausbesetzung und Schlierbacher Bahnhof

Eigentlich sollte das AZ schon im Oktober 1997 geräumt werden. Doch durch den vielfältigen Widerstand zahlreicher Menschen, der sich in einer Demo, einer Hausbesetzung und vielen anderen kleineren Aktionen äußerte, wurden die bis dahin eingeschlafenen Verhandlungen mit der Stadt erneut aufgenommen. Vor allem durch die Hausbesetzung in der Plöck ließ sich die Stadt dazu bewegen, ein neues Angebot bezüglich eines Gebäudes zu machen. Doch obwohl Oberbürgermeisterin Beate Weber versprochen hatte, daß dieses Ersatzgebäude ein gleichwertiges sein würde, wurde der Vollversammlung des AZ das völlig indiskutable Angebot des Schlierbacher Bahnhofs gemacht. Dieses wurde hauptsächlich aufgrund der ungünstigen Lage mit den schlechten Verkehrsverbindungen abgelehnt. Viele unserer BesucherInnen - besonders Jugendliche! - würden ausbleiben, das spontane „Hereinschauen" unmöglich werden. Das beliebte Café „Tabula Rasa", die Fahrradwerkstatt und die FrauenLesben - Etage müßten um ihre Existenz fürchten. Die begründete Ablehnung des Gebäudes kam der Stadt gerade recht, denn in der Öffentlichkeit schien es, als habe sich die Stadt sehr bemüht, während das AZ offenbar zu wählerisch war. So hatte sie einen guten Grund, die Suche nach Ersatzgebäuden wie auch die Verhandlungen mit uns einzustellen. Zwar können wir bis Januar 1999 im Gebäude in der Alten Bergheimerstraße 7a bleiben, da der Abriß erst für dann geplant ist, doch Ersatzräume - und zwar gleichwertige! - sind immer noch nicht in Aussicht, und die Stadt hat anscheinend auch kein Interesse mehr, mit uns zu verhandeln. Denn trotz Bemühungen unsererseits kam in diesem Jahr noch kein einziges Gespräch mit der Stadt zustande!

Offensichtlich handelt die Stadt nur, wenn wir präsent und unangenehm sind!

Deshalb: Werdet aktiv und kämpft fürs AZ!

Was ist das Besondere am Autonomen Zentrum?

Das AZ ist der einzige selbstverwaltete, nichtkommerzielle Treffpunkt in Heidelberg. Es gibt keinen Chef und keine Chefin, sondern die zu treffenden Beschlüsse werden in der Vollversammlung getroffen. Dadurch wollen wir verhindern, daß sich Machtstrukturen und Hierarchien herausbilden, die wir in der bestehenden Gesellschaft überall antreffen, in der einige wenige, z. B. PolitikerInnen und Firmenchefs, das Leben von vielen anderen fremdbestimmen. Die Preise für Getränke und Eintritte sind minimal, da das AZ

keinen Profit machen will, und die Menschen sich dort freiwillig und ohne Bezahlung engagieren. Wir sind der Meinung, daß gemeinsame Projekte auch ohne Konsum- und Leistungsdenken funktionieren können. Damit Frauen einen Raum haben, in dem sie frei von sexistischer Gewalt körperlicher oder sprachlicher Art sind, gibt es im AZ die FrauenLesben-Etage, in die *nur* Frauen dürfen. Menschen, die rassistische und sexistische Sprüche loslassen oder entsprechende Verhaltensweisen an den Tag legen, werden rausgeschmissen und bekommen Hausverbot.

Wir wollen mit diesem Zentrum unsere Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft weitestmöglich realisieren und den herrschenden Zuständen etwas entgegensetzen.

Was könnt ihr im Autonomen Zentrum tun?

Im AZ könnt ihr alles tun, was auch jetzt schon zum Angebot gehört. Ihr könnt einen Kneipenabend gestalten, vielleicht einen Film zeigen oder leckeres vegetarisches/veganes Essen kochen, was immer für besonderen Andrang sorgt. Ihr könnt nicht nur auf Feten (oder Konzerten) feiern, sondern auch selbst welche organisieren. Dann könnt ihr endlich mal genau das hören, was ihr immer schon hören wolltet - von Punk bis Techno. Ein Teil der Einnahmen wird dann an soziale oder politische Gruppen - z. B. Aidshilfe, Obdachlosenzeitung *Looser* oder Uni-Fachschaften - gespendet. Selbstverständlich kann auch an das AZ gespendet werden [] Ihr könnt mit eurer Band, Theatergruppe, eurem Tanzkurs oder was auch immer ihr für ein nettes Hobby habt, im AZ proben - und dann selbstverständlich auch aufführen! Immer wieder werden Kurse und Workshops, zum Beispiel Photographie oder Holzwerken, angeboten. Zum einen könnt ihr an solchen teilnehmen, oder aber - noch besser - ihr organisiert einen eigenen Kurs/Workshop zu einem interessanten Thema. Wenn ihr in einer politisch arbeitenden Gruppe seid, die emanzipatorische Inhalte vertritt, besteht selbstverständlich auch die Möglichkeit, im AZ euren Gruppenraum zu bekommen. Falls ihr noch andere Ideen habt, eure und unsre Zeit innerhalb des Autonomen Zentrums anders zu gestalten, als dies in der Gesellschaft möglich ist, so besteht auch dazu jederzeit die Möglichkeit. Außerdem gibt es im AZ noch Gustavs Fahrradwerkstatt, in der Fahrräder schnell, kompetent und absolut billig (auch hier werden nur die Unkosten bezahlt) repariert werden.

All dies geht selbstverständlich nur im Rahmen der oben genannten Richtlinien, das heißt, daß im AZ niemand privat Geld verdient, es keine privaten Feten gibt, Rassismus und Sexismus nicht geduldet werden usw.

Wenn ihr irgend etwas im AZ tun wollt, kommt am besten mittwochs um 19.30 Uhr ins AZ zur Bürostunde - da kann dann alles weitere besprochen werden.

Was tun, damit das Autonome Zentrum bestehen bleiben kann?

Helft alle mit und engagiert euch in irgendeiner Weise dafür, daß das AZ bleibt! Ihr könnt z. B. Briefe an die Stadtverwaltung schreiben, Unterschriften sammeln, in eurem Bekanntenkreis auf die Situation des AZ aufmerksam machen und/oder dieses Flugblatt verbreiten. Noch besser wäre es selbstverständlich, wenn ihr möglichst kreativ werdet und euch viele lustige kleine Aktionen ausdenkt und wir so der Stadt penetrant im Bewußtsein bleiben und sie irgendwann auf uns zugehen und genervt aufgeben muß! Und auf jeden Fall Peter Alexander Plattmann wählen - den OB-Kandidaten des Autonomen Zentrums!

Wenn ihr aktiv sein wollt, aber nicht so recht wißt, wie, dann ruft einfach donnerstags ab 19.30 Uhr unter HD 181200 an und fragt nach der AZ-Aktionsgruppe.

Im AZ feiern heißt fürs AZ kämpfen
Werdet aktiv - kämpft fürs AZ
Kein Tag in Heidelberg
ohne Autonomes Zentrum

Aktionsgruppe des Autonomen Zentrums

Indonesien
Aufstand gegen Diktatur und IWF

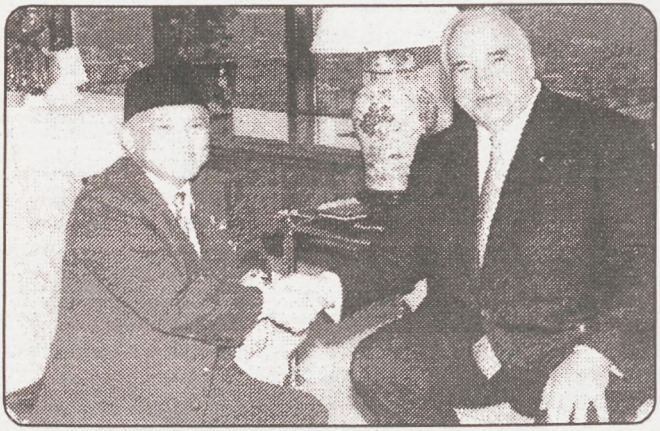
Nach wochenlangen Unruhen in Indonesien, bei denen mehr als 500 Menschen ums Leben kamen und mehr als 5 000 Gebäude zerstört worden sind, ist am Donnerstag, den 21. Mai 1998 Präsident Suharto zurückgetreten, der das südostasiatische Land mit Hilfe eines überdimensional großen Militärapparates 32 Jahre diktatorisch regierte und zu den reichsten Menschen der Welt gehört. Allerdings wird sich dadurch nicht viel ändern: „Mit der Ernennung von Minister Bacharuddin Jusuf Habibie zum neuen Präsidenten erlebt das Land die Fortsetzung des Suharto-Regimes mit einem neuen Gesicht an der Staatsspitze. Die ... Entmachtung des allmächtigen Suharto-Clans und einer korrupten Macht-Elite, die in einem der sogenannten Tigerstaaten - also einem der wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenländern Südostasiens - seit Jahrzehnten mit der Besetzung von Posten in den Schlüsselindustrien und an den Spitzen der Banken zu fast unermeßlichem Reichtum gelangten, ist nun genau nicht erfolgt." *(*junge welt, *Nr. 117, 22.05.1998) Der folgende Text von* Welt in Umwälzung *[Mannheim-Ludwigshafen] durchleuchtet die Hintergründe, die zum landesweiten Aufstand gegen Diktatur und Internationalen Währungsfonds (IWF) geführt haben. Er ist eine Woche vor Suhartos Rücktritt als Flugblatt in Umlauf gebracht worden. (Diese Wildcat-Gruppe wird Anfang Juni im JuZ Mannheim eine Veranstaltung zum Thema „Indonesien" durchführen.)*
- Sabotage

Noch vor einem Jahr wurde uns beim Standort- und Globalisierungsgeschwätz mit China und Südostasien gedroht. Asien war aber schon lange vor der „Finanzkrise" nicht mehr das kapitalistische Paradies der ungehemmten Ausbeutung. Die KorrespondentInnen der Wirtschaftszeitungen konnten vor Ort schon 1996 und früher die jetzigen Schwierigkeiten erahnen. Sie berichteten über wachsende Ansprüche, zunehmendes Selbstbewußtsein, Lohnkämpfe; aber auch über die Selbstbedienungsmentalität der herrschenden Cliquen. Nachdem Mitte 1997 die Währungs- und Finanzkrise schnell zu einer dramatischen Währungs- und Finanzkrise auswuchs, wurde klar: Das Wachstum der Firmen, des Proletariats und der Löhne war eine Entwicklung auf Pump. Jetzt hat das internationale (Finanz-)Kapital eine erste Rechnung ausgestellt.

Im Zentrum der Ereignisse steht zur Zeit Indonesien, in bezug auf die EinwohnerInnenzahl das viertgrößte Land der Welt. Indonesien wird beherrscht von einer Militärdiktatur, die bei der Machtergreifung von Präsident Suharto 1965/66 eines der schlimmsten Massaker der Weltgeschichte verübt hat. Mindestens eine halbe Million Menschen wurden damals ermordet. Der Reichtum der herrschenden Clique, vor allem Suhartos Familie und Freunde, ist so extrem wie die Armut der Massen. Die Verwaltung ist korrupt: Ausländische Investoren müssen damit rechnen, daß sie 10% der Gesamtproduktionskosten für Löhne und 30% für Schmier- und Bestechungsgelder aufzuwenden haben.

Seit Ende der 80er Jahre erlebte Indonesien, genau wie China und andere Länder Südostasiens, einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung. Dieser Boom beruhte auf der massenhaften Proletarisierung und erfolgreichen Integration von Millionen von ehemaligen Bauern in industrielle Ausbeutungssysteme. Die Entwicklung war rasant; jahrelange Zuwachsraten weit oberhalb der

in den alten Industrieländern steigenden Löhne und sich verbessernde Lebensbedingungen; das Entstehen einer wohlhabenden Mittelschicht. Die Herrschaftsstrukturen behielten jedoch noch wesentliche Charakterzüge aus einer Zeit bei, in der die Landbevölkerung die übergroße Mehrheit war. Das betrifft die Strukturen und die Funktionsweise der Staaten, deren wesentliche Werkzeuge eine nationalistisch-patriarchale Ideologie und eine unverhüllte Repression blieben. Die neuen kapitalistischen Ver-



Bacharuddin Jusuf Habibie und Großmufti Elmùt Cól

kehrsformen entschwanden zum Teil der Kontrolle, das heißt, die Schattenwirtschaft ist sehr groß und umfaßt alle Ebenen. Auch die Umgangs- und Verkehrsformen innerhalb der herrschenden Cliquen scheinen wie aus alten Zeiten überkommen zu sein. Persönliche Beziehungen sind wichtiger als finanzielle Risikoabschätzungen und schiere Größe oft erstrebenswerter als hohe Profite.

Anfang Oktober 1997 muß Indonesien den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe bitten. Dieser sagt 43 Milliarden Dollar zu. Die Maßnahmen, die der IWF im Gegenzug für solche „Hilfen" verlangt, bestehen im Kern immer aus dem, was man Austerity nennt: Kürzungen des Budgets, vor allem im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich; Kürzung oder Streichung von Subventionen, womit zuallererst oft die Subventionen von Grundnahrungsmitteln gemeint sind; Öffnung des Marktes, das heißt Aufhebung aller Gesetze und Vorschriften, die das Eindringen ausländischen Kapitals erschweren; Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften, die Beschäftigte und Arme schützen; Privatisierung von Staatsunternehmen aller Art; Streichung von für unsinnig erachteten Großprojekten. Die Gelder werden nicht auf einmal ausgehändigt, sondern in kleinen Raten und immer nur dann, wenn der IWF mit der Befolgung seiner Maßnahmen zufrieden ist. Eine der Schwierigkeiten, mit der der IWF sowohl ideologisch als auch praktisch nur schwer zurechtkommt, ist, daß die Schulden sich nicht beim Staat, sondern in privater Hand befinden. Das Staatsbudget war zu Beginn der Krise ausgeglichen. Verschuldet waren und sind die Firmen, die mit minimaler Kapitalbasis riesige Summen produktiv oder spekulativ bewegten und verschuldet sind, und verschuldet sind die inländischen Banken, die im Vertrauen auf die Wachstumsraten und Währungen ohne Vorsicht eigene Gelder an FreundInnen verliehen oder Gelder, die ihnen auf den internationalen Geldmärkten aufgedrängt wurden, weiterleiteten. Das bedeutet, daß der IWF Indonesien (für die anderen Länder der Asienkrise gilt das ebenfalls) erst zum Schuldner macht.

Zusammenbruch der Währungen, Kürzungen im Staatshaushalt, Liberalisierung der Sozialgesetzgebung, Massenentlassungen und Inflationsraten in Indonesien von 12,76% im Februar 1998 gegenüber dem Vormonat (darunter Speiseöl mit 134% und Reis mit 34%) - das ist der Teil der Rechnung, der den ProletarierInnen vom Kapital gestellt wird. Vor allem der scharfe Preisanstieg der Grundnahrungsmittel seit Beginn des Jahres führt zu Preis-Riots in einigen Dutzend Städten. Da der Handel vielerorts von der chinesischstämmigen Minderheit dominiert wird, kommen auch

antichinesisch-rassistische Ausschreitungen vor. Seit Mitte Februar werden mehr und mehr die StudentInnen aktiv. Zunächst finden an einigen Universitäten kleinere Demonstrationen gegen die Preissteigerungen statt. Forderungen nach politischen Reformen kommen bald hinzu. Vor allem die Forderung nach dem Rücktritt Suhartos wird oft gestellt. Solange sich die Demos auf das Universitätsgelände beschränken, werden sie toleriert, vom Verteidigungsminister sogar als konstruktive Kritik bezeichnet. Im März finden an mehr als 30 Unis Demonstrationen und Kundgebungen statt, sie werden immer größer, bis zu 25 000 TeilnehmerInnen. Wenn die DemonstrantInnen allerdings versuchen, den Campus zu verlassen, um in der Stadt zu demonstrieren, schlagen die Sicherheitskräfte zu. Am 12. Mai werden bei einer Demonstration in Jakarta sechs StudentInnen einer Elite-Universität erschossen, zahlreiche schwer verletzt, einige Dutzend sind seither verschwunden. Das, und eine drastische Preissteigerung bei Benzin und Brennstoffen, sind die Auslöser für die massivsten Unruhen in Indonesien seit Suhartos Machtergreifung. Noch nie stand seine Herrschaft so auf der Kippe. Die Stimmen, die Reformen oder sogar seinen Rücktritt verlangen, mehren sich auch unter seinen AnhängerInnen und sogar in der Armee. Denn jetzt geht es nicht mehr um Suharto, sondern darum, die Revolution zu verhindern, wie es Amien Rais, der neue Führer der bürgerlichen Opposition, formulierte.

Der IWF ist für seine Politik in Asien arg gescholten worden. Von bürgerlichen Ideologen genauso wie von Linken, die uns die Ungerechtigkeit des Systems beweisen wollen. Den Kapitalismus wegen seiner „Ungerechtigkeiten" zu kritisieren, hilft nicht weiter. Genau die nämlich werden jetzt wieder hergestellt: Schulden müssen bezahlt werden, alles andere ist Betrug. Nach den Maßstäben des Kapitalismus haben sowohl die herrschenden Cliquen als auch die ProletarierInnen über ihre Verhältnisse gelebt. Nach den Maßstäben des Kapitals: das heißt, sie haben mehr konsumiert, als ihnen nach dem Wert der Produkte der von ihnen kommandierten oder geleisteten Arbeit zugestanden hätte. Das muß deshalb so deutlich gesagt werden, weil es immer noch Leute gibt, die von „Ausbeutung der Dritten Welt durch die Metropolen" reden. Auf der Ebene des Wertes gibt es die nicht, jedenfalls in bezug auf Südostasien. Das zu sagen, ist keine Rechtfertigung der Zustände, sondern eine Kritik am Kapitalismus, die kapitalistische Lösungen jedweder Art für unmöglich hält. Die Menschen in Indonesien haben sich vom Kapitalismus etwas anderes versprochen als die Hungerkur, die ihnen der IWF verordnen will. Oder, wie es ein Arbeiter ausgedrückt hat, der mit vielen KollegInnen bei den StudentInnendemos mitgemacht hat: „Die Arbeiter sind bisher allein gelassen worden. Aber mit Arbeit allein kannst du nichts verändern."

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen
Telefon: 0621/657746 Fax 0621/657747
e-mail: suba@wildcat.rhein-neckar.de

Asien aktuell: tägliche Zusammenfassung der Ereignisse in Indonesien und News:
http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/aktuell.html

Antifaschist aus Braunschweig in Gefangenschaft der „Demokratischen Partei Kurdistans“ (KDP)

Seit Ende Dezember 1997 befindet sich der Braunschweiger Antifaschist Jörg Ulrich in Gefangenschaft der Demokratischen Partei Kurdistans *(KDP). Nachdem Jörg von Peshmergas des KDP angeschossen und mit anderen Personen in die südkurdische Stadt Erbil verschleppt wurde, haben sich das* Antifaschistische Plenum Braunschweig *und die* Jugend Antifa Aktion *(JAA) im Februar 1998 entschieden, die Solidaritätsarbeit für Jörg öffentlich zu machen. Dieser Schritt war notwendig, da das „Nachrichtenmagazin“* FOCUS *am 16. Februar mit einem reißerischen Hetzartikel den Fall in die Öffentlichkeit brachte, bevor eine humanitäre Lösung der Situation erreicht werden konnte. Bis dahin wurde die Öffentlichkeit nicht informiert, um eine Übergabe oder einen Austausch der Gefangenen nicht zu gefährden. Für Jörg wie für alle Gefangenen der KDP bedeutet die Haft in Barzanis Kerker Schläge, systematischer Nahrungsentzug, Psychoterror und Folter - also eine ständige Gefahr für Gesundheit und Leben.*

Die KDP - ein feudalistisches Folter-Regime

Die „Demokratische Partei Kurdistans“ (KDP) ist eine rückständige südkurdische Organisation, die aus den Feudalstrukturen um ihren Machthaber Masud Barzani hervorgegangen ist. Sie basiert auf archaischen Stammesstrukturen und einem Söldnerheer aus sogenannten Peshmergas. Der Clan Barzanis und eine von ihm eingesetzte Führungsschicht bereichern sich über Plünderungen und die Erhebung von Zöllen auf Schmuggelwaren, wie Drogen und Dieselkraftstoff. Die ergaunerten Millionen verschwinden auf ausländischen Konten der Clan-Mitglieder, während die Bevölkerung Kurdistans hungert. Die KDP versucht, ihre politischen GegnerInnen durch Terror und Krieg zu vernichten, um die lokale Machtposition des Barzani-Clans in Südkurdistan (Nordirak) weiter auszubauen. „Erst im September 1996 hat sie [die KDP, Anm. d. Red.] mit Hilfe Saddam Husseins die „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) aus Erbil, dem Sitz des ehemals gemeinsamen kurdischen Parlaments, vertrieben. Danach zogen KDP-Truppen eine Spur des Grauens und der Verwüstung durch Südkurdistan. Masud Barzani hatte ihnen „freie Hand“ gelassen und öffentlich erklärt: „Ihr könnt praktizieren, was ihr wollt.“ Die Ergebnisse: der Tod Tausender Zivilisten, Massenvergewaltigungen, Brandschatzungen und Plünderungen. Im Gefolge der KDP-Söldnerarmee bewegte sich eine kilometerlange LKW-Schlange, die das Beutegut in sichere KDP-Stützpunkte schaffte.“ (aus einem Flugblatt des Antifaschistischen Plenums Braunschweig)

Zudem sucht sich die KDP-Führung ihre Bündnispartner immer sehr genau aus. Je nach dem zu erwartenden Vorteil arbeitet die KDP mal mit Saddam Hussein und mal mit dem türkischen Militär zusammen. Täglich werden Menschen aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben oder verschleppt, an die Türkei oder den irakischen Geheimdienst ausgeliefert. Gleichzeitig hat die KDP den Auftrag des Westens, dafür zu sorgen, daß Flüchtlinge nicht den Weg nach Europa antreten. Somit ist die KDP nicht nur Handlanger des Folterlands Türkei, sondern macht sich auch zum willfährigen Gehilfen der Herrschenden im Westen.

Die „Grüne-KDP-Connection"

Der Bauminister des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), Michael Vesper (Bündnis 90/Die Grünen), unterhält seit langen Jahren gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zur KDP. Unter anderem waren bereits Finanzhilfen des Landes NRW für das KDP-Regime in Südkurdistan vorgesehen. Der Grüne Landtagsabgeordnete in NRW Siegfried Martsch unterhält zudem enge Kontakte zum Feudalherren Masud Barzani. Unter dem Deckmantel der „humanitären Hilfe" konnte Martsch millionenschwere Projekte der KDP mit freigelegten Geldern des Landes NRW unterstützen. Die Gelder werden jedoch nicht für humanitäre Zwecke verwendet, sondern landen direkt in den bereits prallgefüllten Kassen der KDP-Führer. Diese rüsten damit ihre Peshmergas auf, um sie effizienter für die eigenen Interessen und gegen das kurdische Volk einsetzen zu können. Martsch und Vesper wollten Anfang Februar mit anderen PolitikerInnen und sieben MedienvertreterInnen nach Südkurdistan, um weitere Geschäfte mit dem Barzani-Clan abzuwickeln - es sollte um weitergehende finanzielle Unterstützung gehen. Organisiert wurde die Reise von der KDP, die in Bonn ein Büro unterhält, das von NRW mit 500.000 DM jährlich unterstützt wird. Nach dem Bekanntwerden der Reisepläne regte sich Protest (sogar) in den Reihen der Grünen - die Reise mußte dann aus wahlkampftaktischen (!!!) Gründen abgesagt werden.

Solidarität heißt Widerstand

Das Antifaschistische Plenum Braunschweig und die JAA machten mit zahlreichen Aktionen auf die Gefangennahme Jörg Ulrichs und die „Grüne-KDP-Connection" aufmerksam. So besetzten 31 AntifaschistInnen am 17. Februar die Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn und forderten die Freilassung Jörgs und seiner Mitgefangenen, deren Übergabe an das „Internationale Komitee vom Roten Kreuz" sowie die Verurteilung des KDP-Folterregimes durch die Grünen.

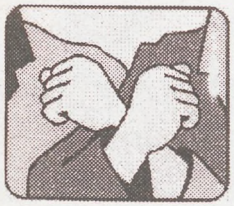
Am 20. Februar wurde eine Grünen-Wahlkampfveranstaltung in Hannover von AntifaschistInnen behindert. Auf Transparenten, Flugblättern und mit Sprechchören wurde ein Ende der „Grüne-KDP-Connection" gefordert.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am 7. März in Magdeburg stürmten über 30 AntifaschistInnen das Podium und forderten die anwesenden Delegierten auf, eine Resolution zu verabschieden: „Die Partei Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die „Demokratische Partei Kurdistans/Irak" (KDP/Irak), unter deren Regime gefoltert, vergewaltigt und gemordet wird, weder politisch noch finanziell." Die Resolution wurde von der Delegiertenkonferenz abgelehnt - im Gegenzug kam es zu einem Gerangel mit Grünen: ein Delegierter griff die AntifaschistInnen tätlich an. Zur „Grüne-KDP-Connection" erfolgte keine Stellungnahme, was den Schluß zuläßt, „daß es etwas zu verbergen gibt." (Antifaschistisches Plenum Braunschweig und JAA)

Keine Unterstützung des KDP-Folterregimes!
Freiheit für Jörg Ulrich und die mit ihm verschleppten Kurden!

Autonomes Redaktionskollektiv

Solidaritätskonto (Stichwort „Erbil"):
prison watch international e. V., VoBa Göttingen, BLZ 260 900 50, Kto-Nr. 101 021 200



Schnellverfahren und Hauptverhandlungshaft

Wir hatten in der letzten Sabo *einen zweiseitigen Artikel zum Thema „Schnellverfahren" veröffentlicht, der abschließend konkrete Tips für den Umgang damit enthält. Nun ist uns ein Text der* Roten Hilfe Ortsgruppe Hamburg *zugekommen, der sich etwas tiefergehend mit diesem Thema auseinandersetzt und als Reaktion auf einen im 41.* Antifaschistischen INFOblatt Berlin *(AIB) erschienenen Artikel entstanden ist. Wir drucken ihn in dieser und der folgenden Ausgabe leicht gekürzt ab, nicht nur, weil wir ihn als kompetenter einstufen, sondern weil er um das wichtige Thema „Hauptverhandlungshaft" erweitert ist. (Er ist in voller Länge in der neuesten Rote Hilfe-Zeitung abgedruckt.) Das Schaffen einer* Gegenöffentlichkeit, *die daran interessiert ist, daß von staatlicher Repression Betroffene im Falle eines strafrechtlich relevanten Konflikts möglichst das Richtige und das zu ihren Gunsten Nötige unternehmen, ist uns so wichtig, daß wir in der* Sabo *der Aufklärung von unten immer wieder Platz einräumen:* -Sabotage

» Seit 1994 gibt es das neue sogenannte „Schnellverfahren" („beschleunigtes Verfahren", §§ 417ff StPO) und seit 1997 die neue sogenannte „Hautpverhandlungshaft" (§127 b StPO). Mit dem Schnellverfahren **soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß „auf frischer Tat" gefaßte StraftäterInnen sofort nach der Festnahme, in der Regel am nächsten Tag, vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Dazu sind prozessuale Schutzrechte der Angeklagten massiv eingeschränkt worden, z. B. braucht keine schriftliche Anklage erstellt zu werden, die Beweiserhebung ist eingeschränkt, ZeugInnen müssen nicht unmittelbar aussagen, sondern es kann aufgrund verlesener Vernehmungsprotokolle verurteilt werden usw. Voraussetzung für ein Schnellverfahren ist „einfacher Sachverhalt", „klare Beweislage" und ein nicht allzu schweres Delikt (höchstmögliche Strafe im Schnellverfahren ist ein Jahr Freiheitsstrafe, bzw. in dem Fall, daß keinE VerteidigerIn anwesend ist, sechs Monate).**

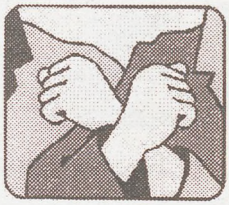
Das Schnellverfahren wurde eingeführt mit dem ausdrücklichen Hinweis, es sei geeignet unter anderem für „reisende Gewalttäter", also DemonstrantInnen. Da sich schnell herausstellte, daß die wenigsten Menschen einen solchen „kurzen Prozeß" freiwillig mitmachten und zum Schnellprozeß oft einfach nicht erschienen, wurde diese Vorschrift ergänzt durch die **Hauptverhandlungshaft**. Danach kann einE FestgenommeneR, der/die für ein Schnellverfahren vorgesehen ist, bis dahin (bis zu einer Woche) auch ohne „Haftgrund" (das ist: Flucht- oder Verdunklungsgefahr, die Gründe, aus denen U-Haft verhängt werden kann) eingeknastet werden. (...)

Diese Instrumente werden in neuester Zeit tatsächlich gegen uns angewandt. (...) Wir müssen uns also damit beschäftigen, darüber aufklären, Verhaltenstips erarbeiten und weitergeben und gegen die Vorschriften und ihre Anwendung politisch Druck machen. (...)

Die Rote Hilfe rät zur konsequenten und umfassenden Aussageverweigerung, egal ob als Zeuge oder Beschuldigte, egal ob vor Polizei, Staatsanwaltschaft oder RichterIn! Auf jeden Fall so lange, bis Gelegenheit zu ungestörtem Anwaltsgespräch und zu ruhigem Überlegen ist: auf gar keinen Fall also irgendetwas sagen, nachdem du überraschend verhaftet wurdest und/oder eine Nacht im Knast verbracht hast! Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Beruf (allgemein) und Familienstand - das sind die „Angaben zur Person" und sonst nichts! Die einzigen Worte, die darüber hinaus über unsere Lippen kommen, sind allein: „Ich verweigere die Aussage!" und „Ich will sofort einE AnwältIn sprechen!"

Erstmal ist es nicht nötig, sich auf irgendetwas zu berufen oder irgendwelche Anträge zu stellen. Wer gar nichts sagt, gerät auch nicht in Gefahr, zu irgendetwas sein „Einverständnis" zu geben, z. B. zur Verlesung von Aussagen oder zum Rechtsmittelverzicht - Schweigen reicht. (...)

Keine Aussagen, außer Personalien angeben,



EA- und/oder Anwaltstelefonnummer parat haben, das ist alles, was DemonstrantIn „im Falle des Falles" wirklich draufhaben muß, sonst nix. (...) Um Himmels Willen nicht sagen, wer (Name, Adresse) wo dabei war! (...) Etwas besseres kann den Repressionsorganen gar nicht passieren, als wenn wir unter diesen Bedingungen (Verhaftung bei der Aktion, nach dem Knast, unberaten, ohne Rücksprache mit FreundInnen, politischen Gruppen, EA, Roter Hilfe ...) zu plaudern beginnen, ihnen alles erzählen, von dem wir glauben, es könnte uns entlasten oder ähnliches. Dann hätten sie ein wichtiges Ziel des Schnellverfahrens, nämlich zu verhindern, daß unsere Solidaritäts- und Prozeßvorbereitungs-Strukturen zu greifen beginnen, erreicht.« [... Fortsetzung folgt]

Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

Erklärung der Roten Hilfe e. V. zu den bundesweiten Staatsschutzangriffen gegen AntifaschistInnen vom 12.05.1998

Am 12.05.1998 fanden in mehreren Städten der BRD Hausdurchsuchungen statt. Hintergrund der Durchsuchungen ist ein Ermittlungsverfahren des Landeskriminalamtes Bayern gegen die Autonome Antifa Passau wegen § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung). In diesem Zusammenhang kam es zu Durchsuchungen von Privatwohnungen, Buchläden und Druckereien.

Gleichzeitig mit der Kriminalisierung einer linken politischen Gruppe werden auch diejenigen kriminalisiert, die mit den Betroffenen solidarisch sein könnten! Diese Qualität staatlicher Repression ist neu! Im Rahmen der Durchsuchungen vom 12.05.1998 bei Antifa-Gruppen wurde erstmals von der politischen Polizei Deutschlands versucht, Mitgliederlisten der Roten Hilfe e. V. zu beschlagnahmen. Daß dies nicht gelungen ist, ändert nichts an der Ungeheuerlichkeit dieser Eskalation von Repression. Mit den Durchsuchungsaktionen und dem Vorwurf, eine „kriminelle Vereinigung" gebildet zu haben, wird die lange Reihe der staatlichen Repression gegen antifaschistisch aktive Menschen in der BRD in erschreckender Weise fortgesetzt: anstatt ihre Zwangsmittel gegen die menschenverachtenden faschistischen Horden einzusetzen, die Andersdenkende, Andersfarbige oder schlichtweg jeden Schwächeren tagtäglich angreifen, verprügeln und ermorden, verfolgt die Polizei diejenigen, die diese Schlägerbanden am konsequentesten bekämpfen: die linke Antifa!

Gegen solche staatliche Verfolgung von politisch aktiven Linken tritt seit über 20 Jahren die Rote Hilfe e. V. auf. Auch in Passau existiert eine Ortsgruppe dieser bundesweit mit über 3 000 Mitgliedern organisierten Vereinigung. Ob die Passauer Antifa und die Passauer Ortsgruppe der Roten Hilfe personelle Überschneidungen aufweisen, wollte der Staatsschutz nun mit Hilfe der Beschlagnahme der Mitgliederdatei der RH feststellen. Allein schon dieses Erkenntnisinteresse ist hirnrissig, denn selbstverständlich strebt die Rote Hilfe an, daß alle politisch aktiven Menschen auch in der Solidaritätsorganisation Rote Hilfe-Mitglied sind - soweit von denen, gegen die sich die Repressionsmaßnahme vom 12.05. richtet, jemand noch nicht Rote Hilfe-Mitglied ist, so ist dies lediglich ein Versäumnis der Roten Hilfe, und wir streben an, dies baldmöglichst zu ändern. Diese Auskunft kann der Staatsschutz auch unserer frei verkäuflichen Rote Hilfe-Zeitung entnehmen. Tatsächlich aber ist zu vermuten, daß mit dem „Doppelschlag" gegen Autonome Antifa und Rote Hilfe versucht werden soll, zusammen mit einer aktiven Passauer Gruppe auch diejenigen zu treffen, die die Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit dazu machen könnten, also mit den Repressionsmaßnahmen auch gleich den Protest dagegen zu kriminalisieren.

Das darf sich niemand gefallen lassen, der/die irgendwann noch einmal gegen politische Verfolgung und Repression protestieren können will!

Rote Hilfe e. V., Bundesvorstand Kiel

„Antirassistisches Geschichtsbuch. Quellen des Rassismus im kollektiven Gedächtnis der Deutschen“

Seit der 97er Dezember-Ausgabe der Sabo *hatten wir keine Rezensionen mehr in der Zeitschrift - und das war nicht so vorgesehen; wir wollten euch - wie angekündigt - viel häufiger uns wichtig und interessant erscheinende Publikationen aus dem link(sradikal)en Blätterwald kaufanreizend vorstellen und längere Passagen daraus zitieren. Aber, wie so häufig, anderes war dringlicher und so liegen nun schon wieder fünf Monate zwischen diesem und dem letzten Artikel, der ein Buch („* Graue Wölfe heulen wieder *“) vorstellte. Hier nun also eine Rezension eines Buches, mit dem sich alle auseinandersetzen sollten, die an Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Rassismus (mit all seinen Facetten) interessiert sind:*

Gerade Begriffe, die in linken/linksradikalen Gesellschaftsanalysen zentralen Stellenwert einnehmen, neigen dazu, aufgrund der Häufigkeit ihrer Nennung der Degradierung zur hohlen Phrase anheimzufallen. „Rassismus“ ist einer dieser Begriffe, mit dem gerade die (radikale) Linke in nahezu allen möglichen Facetten der themenspezifischen Auseinandersetzung mit sozialen Phänomenen bis zur Unkenntlichkeit herumhantiert.

Deshalb ist es, auch wenn das zu diesem Thema Geschriebene mittlerweile ganze Bibliotheken füllen könnte, immer wieder aufs neue erfrischend und gewinnbringend, wenn kompetente SoziologInnen, PolitologInnen, PädagogInnen oder PsychologInnen das von ihnen ins Visier genommene Material in einer Art und Weise zusammenfassen, die im Detail so genau ist, daß „Einstieg“ und „weiterführende Beschäftigung“ zugleich möglich sind.

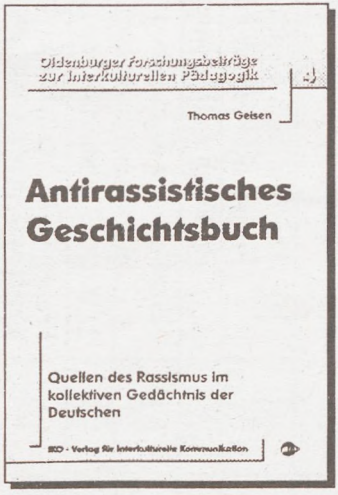
Thomas Geisen aus Trier ist dies mit seinem in der Reihe „Oldenburger Forschungsbeiträge zur Interkulturellen Pädagogik“ erschienenen „Antirassistischen Geschichtsbuch“ perfekt gelungen. In relativ leicht verständlicher Form nähert er sich - unter Hinzunahme eines beeindruckenden Quellenmaterials - historisch-kritisch dem Rassismus-Begriff, indem er über „Natur“ und Gesellschaft, über den „naturhaften Wahn“ biologischer Differenzen reflektiert und dabei - wie die von ihm zitierten Wissenschaftler (Albert Memmi, Léon Poliakov, Stuart Hall, Robert Miles, Etienne Balibar usw.) - zum Schluß kommt, daß „es keine Menschen-»Rassen« gibt und ... daß der Rassist sich seine »Rasse« selbst schafft“ (Seite 13).

Weil sich „ohne die Geschichte des Rassismus ... auch der heutige Rassismus nicht verstehen“ (Seite 10) läßt, beginnt Geisens Geschichtsbuch bei „der europäischen Expansionsgeschichte..., die 1492 in der sogenannten Entdeckung Amerikas ihren Ausgangspunkt hat“ (Seite 12). Nach der definitorischen Annäherung an den „Rasse“-Begriff, seine Verwendung, an die „Rasse“-Theorien, an den Rassismus und Antisemitismus kommt er zum Wirken des Rassismus in der auf den deutschen Sonderweg bezogenen Moderne (Deutscher Kolonialismus, deutscher Nationalsozialismus) und endet schließlich beim heutigen Rassismus.

Am interessantesten fanden wir, daß er sich - in einem eigenen Kapitel - der Schwierigkeit stellte, Differenzen zwischen der Herrschafts- und Unterdrückungsform Rassismus und der Herrschafts- und Unterdrückungsform Sexismus herauszuarbeiten und - ebenfalls in einem eigenen Kapitel - den „staatlich institutionalisierten Rassismus“ in der BRD anzuprangern. Leider sind beide Abschnitte zu umfangreich, als daß sich daraus kurz und kompakt zitieren ließe. Deshalb haben wir uns zum Abdruck zwei geringfügig gekürzte Absätze ausgesucht, die mit ein paar Worten die gesellschaftliche Situation zusammenfassen, in der der Rassismus in der heutigen BRD wieder offen zutage tritt:

»Mit der konservativen Wende 1982, die eine Ablösung der sozialliberalen Regierung durch

eine CDU/CSU-FDP-Koalition bedeutete, verstärkten sich die konservativen Politikelemente. Insbesondere die Verlagerung staatlicher Aufgaben auf den freien Markt, die Investitionsförderung und die Verringerung der Aufgaben staatlicher Sozialleistungen sind hier zu nennen. Die 80er Jahre waren weiterhin bestimmt durch eine anhaltend hohe und zum Teil steigende Arbeitslosigkeit. In der Stagnationsphase Mitte der 80er Jahre war die stark anwachsende krisenhafte ökonomische Entwicklung noch nicht absehbar. (...) Bereits Ende der 80er Jahre zeichnete sich eine Rezessionsphase ab, die durch die politischen Umwälzungen in Osteuropa und den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung 1989 weiter verstärkt wird. Im Vorfeld der Wiedervereinigung gelingt es verschiedenen rechtsextremen Parteien, in die Länderparlamente einzuziehen. (...) Durch die Wiedervereinigung 1989 und die damit verbundenen ökonomischen Belastungen erhalten die konservativen Losungen weiteren Auftrieb. Die Kürzung sozialer Ausgaben in erheblichem Umfang und die Flexibilisierung der Arbeit werden eingefordert und durchgesetzt. Die Zuschneidung des sozialstaatlichen Instrumentariums auf die neuen, im Rahmen des EG-Binnenmarkts auftretenden Anforderungen ist ebenfalls mit einem erheblichen Verlust sozialstaatlicher Absicherung verbunden. Deregulierung und Flexibilisierung sollen hier nur schlagwortartig die aktuelle Entwicklung andeuten. In diesem ökonomischen und sozialen Rahmen artikuliert sich der heutige Rassismus. Einhergehend mit den Deregulierungs- und Flexibilisierungsprozessen im ökonomischen Bereich und der Bedrohung mittlerer Schichten durch einen ökonomischen Abstieg, droht die Gesellschaft auseinanderzudriften. Die Beschwörung nationaler Identität und nationaler Gemeinschaft, die Einforderung von Opfern für die Wiedervereinigung - für die (Volks-)Gemeinschaft - soll dazu dienen, die „Nationale Einheit" wieder herzustellen. Auch hier bedarf es zur Herstellung der „Nationalen Einheit" der Konstruktion des „bedrohlichen Fremden"; so wird der Rassismus als Kitt in gesellschaftlichen Krisensituationen wirksam. Wichtiges Element wird die Beschwörung „erfolgreicher" deutscher Geschichte: Der Nationalsozialismus wird ausgeblendet, als Fehltritt oder als Tat einer verbrecherischen Staatsführung hingestellt. Bisheriger Höhepunkt des Geschichtsrevisionismus war der sogenannte Historikerstreit Mitte der 80er Jahre. Kernpunkt der Auseinandersetzung war die „Normalisierung" der Judenvernichtung, indem sie mit anderen historischen Völkermorden gleichgesetzt wurde. (...) [In diesem Streit] wurde der Versuch deutlich, den Weg zur sogenannten geschichtlichen Normalität für Deutschland zu ebnen. Der nationalistische und rassistische Terror, der sich nach der deutschen Wiedervereinigung sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ausbreitete, führte zu Morden und Überfällen auf Flüchtlinge und MigrantInnen, sowie zu Brandanschlägen auf deren Wohnungen und Unterkünfte. Im Handeln und in den Parolen der Täter vergegenständlichte sich das verdrängte und unaufgearbeitete Potential des Nationalsozialismus. In dieser gesellschaftlichen Situation, die in höchstem Maße national aufgeladen ist, kommt es nicht von ungefähr zu einem Wiedererstarken des Rassismus. In Verbindung mit den vielfältigen sozialen Problemlagen tritt er wieder offen auf und artikuliert sich ungeniert.«



Autonomes Redaktionskollektiv

Geisen, Thomas: **Antirassistisches Geschichtsbuch**. *Quellen des Rassismus im kollektiven Gedächtnis der Deutschen*, Frankfurt am Main: IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1996, 224 Seiten, Broschur, 34,80 DM [ISBN 3-88939-028-5]

Das Autonome Zentrum im Juni

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Mo	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo - So)** **Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü
2 Di	20.00 Vokü und Kneipe mit **MicCa**
3 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
4 Do	19.00 offenes Treffen der **Antifaschistischen Jugend Aktion (AJA)** 20.00 **PicNik** mit **NicNik**
5 Fr	**Das verflixte 7. Jahr - AZ-Geburtstagsparties** 22.00 **Party** mit **DJ Organisierte Kriminalität** Independent, Alternative, Kreuz-Über
6 Sa	19.30 **Konzert** mit **HOBLIN'S CHOICE, MONOCHORDS, DACKELBLUT** (danach **Heavy Dancing!** im Saal) 22.00 **shut up and dance!** (im Keller)
7 So	20.00 Vokü und Kneipe der SO-Crew 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions** im Keller: jazz, soul, hiphop, drum 'n' bass, techno... 21.00 **Theateraufführung**: „**Bagnacavallo**"
8 Mo	**Frauen- und Lesbentag** (Kneipe geschlossen)
18 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe der **UnheilBar**
19 Fr	22.00 **FrauenLesben Disco**
20 Sa	23.00 **The Mutation Continues**: Progressive Techno mit **DJ Flush & DJ Mansi**
21 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew**: veganes, biologisch-dynamisches Öko-sunday-dinner 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions**
22 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!** **TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)**
23 Di	20.00 Kneipe und Vokü der **Antifaschistischen Jugendaktion** (AJA) mit Film ab: 21.00 „*1984*" (England 1984, Regie: M. Radford)
24 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
25 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben

8 Mo	**Frauen- und Lesbentag** (Kneipe geschlossen)	Do	21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
9 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit den **„Drei Damen vom Grill"**	26 Fr	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** mit Film ab: 21.00 *„Blue Velvet"* (USA 1985, Regie: David Lynch)
10 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)** 22.00 **Ethno-Party** mit **Live-Acts** (Endlos positiv vs. Funkstelle, Underwater Experience) und **DJs**	27 Sa	**Party für das Freie Radio Rhein-Neckar** 21.00 **Konzert** im Saal mit **GABBA GABBA, ANORAK, BABYFASSUNG, EL MAX** 22.00 **Disco** im Keller mit MC Massiw Le Gaza, DJ Butterfly, JJ Schnuffle Parker, DJ Gear not Easy (Double Indie Punk)
11 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben		
12 Fr	22.00 **Party** mit dem **Projekt Götterspeise**: DJ Butterfly, MC Massiw Le Gaza u. a.	28 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew:** „Arabische Nacht" mit Bassam & Wissam 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions** im Keller
13 Sa	23.59 VEB l&l präsentiert: **Mitternachtsdisco** mit Ex-Milk **DJ Udo** Independent, Alternative, Punk, Kreuz-Über	29 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
14 So	11.00 **Frühstücksbuffet** Rottmenschstraßenfrühstück 20.00 Vokü und Kneipe mit **H&M** 21.00 **Jet Zet Sunday Sessions** im Keller	30 Di	20.00 ARAVANADI & EGATOBAS präsentieren: **„Griechischer Abend"**
15 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**		
16 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Gewaltfreien Aktionsgruppe**		
17 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**		

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Zusammen kämpfen - zusammen feiern!
Antifaschistisches Straßenfest in Heidelberg
Antifaschistische Aktionen gegen das Maiansingen der Heidelberger Burschenschaften

Um dem alljährlichen reaktionären Treiben der Heidelberger Studentenverbindungen, dem sogenannten Maiansingen, link(sradikal)e Inhalte entgegenzusetzen, organisierte ein breites Bündnis von Autonomer Antifa Heidelberg über VVN/BdA bis hin zur PDS ein antifaschistisches Straßenfest in der Heidelberger Altstadt.

Geplant war anfangs, das Spektakel unter dem Titel „Marktplatz links!" auf dem Marktplatz durchzuführen. Die Stadtverwaltung Heidelberg verweigerte den OrganisatorInnen jedoch mit einer fadenscheinigen Begründung eine Genehmigung. So mußten über 300 Menschen mit den Aktionen auf dem Kornmarkt vorliebnehmen - was dem Interesse und der Stimmung jedoch keinen Abbruch tat. Auch die zahlreich vertretenen Büttel der „Inneren Sicherheit", namentlich Polizei und Staatsschutz, konnten die Stimmung bei den Anwesenden nicht trüben.

Neben Redebeiträgen und Infoständen der unterschiedlichsten Gruppen fand besonders das kulturelle Rahmenprogramm großen Anklang. Zwischen den einzelnen Redebeiträgen traten eine palästinensische Tanzgruppe und die Sambagruppe „Sambalabim" auf.

Besonderen Anklang fand auch das Agit-Prop-Theaterstück der Autonomen Antifa Heidelberg zum Thema „Innere Sicherheit - zwei Seiten einer Medaille". Anhand der Protagonisten der „Inneren Sicherheit" - symbolisiert durch die Figuren Politiker, Richter, Polizist, Schwarzer Sheriff und Bundeswehrsoldat - wurden Repression, Polizei- und Überwachungsstaat als untrennbar vom Abbau sozialer Rechte dargestellt.

Der 30.04. im nächsten Jahr wurde vom organisierenden Bündnis für eine Wiederholung des Straßenfestes bereits ins Auge gefaßt. Eine Sprecherin der Autonomen Antifa sagte hierzu: „Das Straßenfest am heutigen Abend war ein Schritt in die richtige Richtung. Zum einen konnte an den Erfolg vom letzten Jahr angeknüpft werden, als das Maiansingen nicht auf dem Marktplatz stattfinden konnte. Zum anderen konnte der gewonnene Freiraum dazu genutzt werden, gemeinsam mit zahlreichen linken Gruppen mit eigenen Inhalten an die Öffentlichkeit zu treten."

Bulle, Soldat, Sicherheitsdienst, Justiz, Politiker und Geheimdienst - Garanten und Profiteure der „Inneren Sicherheit"

Nachdem die Heidelberger Burschenschaften 1997 ihr traditionelles Maiansingen aufgrund antifaschistischer Aktionen auf das Schloß verlegen mußten, versuchten sie in diesem Jahr, einen Fackelzug vom Schloß in die Altstadt durchzuführen. Auch 1998 kamen die Verbindungsstudenten von Normannia und Ale-

... und dann ging 's los!

mannia nicht in die Nähe des Marktplatzes. Etwa 150 Autonome und AntifaschistInnen hinderten die Burschen daran, vom Schloß wegzukommen. Die etwa 70 Burschenschafter ließen es sich - geschützt von der Polizei - jedoch nicht nehmen, das Deutschlandlied in allen drei Strophen auf dem Schloß „zum besten" zu geben. Hierbei wurden die Normannen von zahlreichen Neofaschisten und Nazi-Skins unterstützt. Während des Singens wurde auch mehrmals der „Hitlergruß" gezeigt, was die Polizei über ihr Sprachrohr Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) dementierte.

Als zwei Gruppen von je 50 AntifaschistInnen versuchten, das Singen zu stören, schritten die anwesenden Polizeikräfte ein und kesselten eine Gruppe der GegendemonstrantInnen ein. Mit Sprechchören und Parolen konnten die Burschenschafter dennoch daran gehindert werden, ihr Singen fortzusetzen. Nachdem die Burschen unter massivem Schutz durch Polizeikräfte das Schloß verlassen hatten, wurden auch die eingekesselten DemonstrantInnen wieder freigelassen. Auch der Polizeikessel wurde in der RNZ vom 2. Mai dementiert.

In diesem Jahr konnten die Burschenschaften ihre 104jährige Tradition, die im letzten Jahr von autonomen AntifaschistInnen beendet wurde, nicht wieder aufnehmen. Vom Marktplatz waren die Burschen vertrieben. Jetzt - und damit sind die kommenden Jahre gemeint - ist es notwendig, das „Mainsingen" auf dem Schloß und anderswo zu verhindern und den reaktionären Verbindungen zu zeigen, daß es für sie in Heidelberg keinen Platz gibt.

Für die nächsten Jahre gilt:

Kein Maiansingen auf dem Marktplatz, dem Schloß oder anderswo!
Den reaktionären Konsens brechen!
Burschenschaften abschaffen!

Autonomes Redaktionskollektiv

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

1. Mai in Leipzig - Kein Erfolg für Nazis
Repression gegen Heidelberger Antifas!

Der 1. Mai in Leipzig ist vorbei. Statt der erwarteten 10 000- 15 000 Nazis kamen „nur" 4 000- 6 000, die - attackiert von Autonomen - in einem Polizeikessel eine Kundgebung durchführten. Wenn es auch nicht gelungen ist, einen der größten Naziaufmärsche der letzten Jahre zu verhindern, so wurde doch gezeigt, daß es möglich ist, die Faschisten direkt anzugreifen: Dutzende Busse und Autos gingen zu Bruch, und immer wieder konnten kleinere Naziansammlungen von Antifas verprügelt werden.

Leider konnte ein effektives gemeinsames Handeln von radikalen AntifaschistInnen mit linksbürgerlichen Kräften Leipzigs nicht erreicht werden. Die IG Metall verzichtete z. B. nach einem „Rock gegen Rechts"-Konzert auf die Besetzung des Platzes am Völkerschlachtdenkmal und führte lieber eine Demo weitab von den Nazis durch.

Der Zorn der meisten BürgerInnen und Zeitungen richtete sich - wie zu erwarten - weniger gegen die Nazis an sich, sondern, wie stellvertretend für viele Pfarrer Christian Wolf bei einem Friedensgebet in der Thomaskirche bemerkte, gegen das skandalöse Urteil der Richter („gutverdienende Westbeamte"), die der armen Polizei zumuteten, die Veranstaltung der Rechten zu schützen. Es geht den meisten einzig darum, daß ihre Ruhe, das Image Leipzigs oder das Ansehen Deutschlands im Ausland nicht gestört wird. „Die Nazis agieren innerhalb eines gesellschaftlichen Zustandes, dessen Unterstützung sie sich gewiß sein können. Sie können sich als elitäre Vorreiter der rassistischen Bevölkerung begreifen." (Aus dem Aufruf des „Bündnis gegen Rechts" Leipzig) Daß sich die Masse der Deutschen dennoch spontan von den militanten Neonazis der JN distanziert, heißt nicht, daß sie nicht trotzdem ähnliche Positionen vertritt. Gerade die Forderung „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" erfreut sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit und wird inzwischen auch von den bürgerlichen Parteien und teilweise von GewerkschafterInnen vertreten. „Der reflexhafte Abgrenzungsmechanismus der offiziellen Politik und des Großteils der Bevölkerung gegenüber den Nazis muß, solange er noch existent ist, auf jeden Fall aufrecht erhalten werden. Denn ein Verschmelzen des stumpfen Rassismus der Bevölkerung mit den bürokratischen Vernichtungsfähigkeiten der Verwaltung und der Schlagkraft der Faschos wäre der neue völkische Aufbruch." (ebd.) Es gilt deshalb in Zukunft, das nationale deutsche Volk von den militanten Aktivisten der Neonaziszene zu trennen. Solange die Faschos wie in Leipzig ihre Großveranstaltungen in einem von Linken provozierten Ausnahmezustand veranstalten müssen, fällt es der „normalen" Bevölkerung schwerer, sich, wie teil-

Im Angesicht des Feindes

weise in München geschehen, in die Aufmärsche einzureihen. Alles, was die momentan fast bedeutungslose Linke gegenwärtig leisten kann, ist, gegen die Normalisierung faschistischer Aufmärsche mit allen Mitteln vorzugehen, da es zumindest im Osten das Kräfteverhältnis nicht mehr zuläßt, an eine Verhinderung selbiger zu denken.

Schlecht endete der 1. Mai in Leipzig für einige AntifaschistInnen aus Heidelberg. Während einer Auseinandersetzung Linker mit der Polizei, die versuchte, die Straße für die abfahrenden Nazibusse freizuprügeln, gerieten diese unter die Knüppel eines Sondereinsatz Kommandos (SEK) und wurden festgenommen. Unter teilweise schikanösen Bedingungen wurden die 13 HeidelbergerInnen zusammen mit 25 anderen Linken ca. 16 Stunden in einer Gefangenensammelstelle festgehalten. Gegen alle wird wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und teilweise wegen Körperverletzung ermittelt. Nach einem Verhör durch das LKA und einer Erkennungsdienstlichen Behandlung (Fingerabdrücke, Fotos etc.) wurde zwar das Vorhaben aufgegeben, alle Gefangenen dem Haftrichter vorzuführen, so daß die meisten am 2. Mai wieder auf freiem Fuß waren. Es wurden aber dennoch willkürlich sechs Gefangene herausgegriffen und in U-Haft gesteckt, darunter auch einer der 13 HeidelbergerInnen. Bis auf diesen, der gegen Meldepflicht am Dienstag, den 5. Mai raus kam, befinden sich alle noch in Haft. Offenbar soll ein Exempel gegen Antifas statuiert werden. Achtet auf zukünftige Ankündigungen und kommt zu den zu erwartenden Prozessen.

Für die Einstellung aller Verfahren!

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA)

Dokumentation

Hilferuf hält Polizei in Atem

Vierjähriges Kind in Not?

Der Hilferuf eines vermutlich vierjährigen Mädchens hat in der Nacht zum Freitag die Polizei in Atem gehalten. Das fürchtete offenbar um das Leben seines elfjährigen Bruders. Es rief bei der Polizeiinspektion 2 an, konnte aber seinen Wohnort nicht angeben. Die Vierjährige telefonierte von 21.45 bis 4.10 Uhr mit einem Beamten - bis der Akku des Telefons leer war.

Das Mädchen nannte sich Luca Di Magio. Es sei italienischer Abstammung, seine Familie erst vor kurzem nach Kaiserslautern gezogen. Das Kind berichtete, daß seine Mutter „im Himmel" sei und sein Bruder auch „dorthin" wolle. Die Mutter sei nach Ostern beim Überqueren einer Straße in Pirmasens getötet worden. Ihr Bruder wiederum sei nun vor dem Vater davongelaufen, der ihn suche.

Die Kleine weigerte sich, das Fenster zu öffnen und nach Hilfe zu rufen, weil ihr der Vater das verboten habe. Um den Wohnort des Mädchens ausfindig zu machen, ließ sich der Beamte die Umgebung schildern und schloß daraus, daß das Kind auf dem Betzenberg lebt. Daraufhin fuhren einige Polizeiautos mit Blaulicht ins besagte Wohngebiet. Der Beamte hatte das Mädchen aufgefordert, Kontakt mit seinen Kollegen aufzunehmen. Doch schilderte die Kleine am Telefon, daß sie Martinshörner gehört, aber kein Blaulicht gesehen habe.

Während der Beamte mit dem Mädchen telefonierte, überprüften Kollegen die Meldedateien, hielten Rücksprache bei der Polizei in Pirmasens, forschten bei benachbarten Dienststellen, bei Krankenhäusern, Rettungsstellen und in Pizzerien nach - doch ohne Erfolg. Die Telekom konnte den Anruf nicht zurückverfolgen. (red)

Rheinpfalz vom 16.05.98

Neulich haben wir wieder die Bullen verarscht. Gerne denken wir an die Aufregung und Spannung zurück. Es war ein Mordsspaß. Der Rheinschmalz Artikel von heute stellt es fast wahrheitsgetreu dar.

Rote Teufel Westpfalz
Kommando Luca Di Magio
16. Mai 98

„Setzt den Faschisten entschlossenen Widerstand entgegen!"

war das Motto der antifaschistischen Demonstration am 9. Mai in Karlsruhe-Durlach, an der etwa 500 AntifaschistInnen teilnahmen. Organisiert wurde die Demonstration von einem breiten Bündnis von autonomen AntifaschistInnen über die VVN/BdA bis hin zur DGB-Jugend. Durlach gilt als eine Hochburg der Nazi-Szene im Karlsruher Raum - vor allem die sogenannte Kameradschaft Karlsruhe machte in der letzten Zeit immer wieder von sich reden. Im Vorfeld wurden von Neonazis großspurig Gegenaktionen angekündigt, was die Polizeikräfte dazu veranlaßte, sich nicht auf „verkehrsregelnde Maßnahmen" zu konzentrieren, sondern „zum Schutz der Demo" Vorkontrollen durchzuführen und einen Wanderkessel einzurichten, der die gesamte Demonstration begleitete.

Im Vorfeld der Demonstration wurden zahlreiche anreisende AntifaschistInnen von Einsatzbullen an Kontrollstellen durchsucht, teilweise wurden Fahnenstangen beschlagnahmt. Ab 10.30 Uhr füllt sich der Auftaktort am Durlacher Bahnhof sehr langsam, so daß die Kundgebung erst mit einer einstündigen Verspätung beginnen konnte. Nach der Auftaktkundgebung mit Redebeiträgen und Live-Musik bewegte sich die Demonstration - angeführt von einem entschlossenen schwarzen Block - lautstark durch die Stadt. Bei einer kurzen Zwischenkundgebung am Marktplatz provozierte ein Fascho-Pärchen die Spitze des Demozuges mit Parolen und theatralischem Ausspucken. Der schwarze Block bewegte sich konsequent auf die ProvokateurInnen zu, um ihnen unmißverständlich klarzumachen, wie mit solchem Verhalten umgegangen wird. Die Polizei bemühte sich alsdann getreu ihrem Motto „deutsche Polizisten schützen die Faschisten", den entschlossenen Teil der Demonstration aufzuhalten und zurückzudrängen. Es kam zu kleinen Drückereien und zu verbalen Auseinandersetzungen mit den Demo-„OrdnerInnen" des Motorradclubs (aber sonst nichts) Kuhle Wampe, die es nicht für nötig hielten, die Faschos des Platzes zu verweisen. „Solange sie nicht tätlich werden, greifen wir nicht ein", war von seiten der „Rocker" zu vernehmen. So mußten sich die OrdnerInnen einer Antifa-Demo von der Polizei zeigen lassen, wie FaschistInnen weggeschickt werden - peinlich! Im gesamten Verlauf der Demo versuchten immer wieder FotografInnen der „anderen Seite", DemoteilnehmerInnen abzulichten. Provokationen dieser Art wurden jedoch im großen und ganzen mit - soweit möglich - offensivem Vorgehen beantwortet, und die Faschos zogen sich dann unter dem Schutz ihrer grün-weißen GehilfInnen zurück. Abgesehen von diesen Provokationen wagten es die Nazis an diesem Tag nicht, die Demonstration anzugreifen - ihre großmäuligen Ankündigungen im Vorfeld verrauchten im Nichts. Auf der Abschlußkundgebung folgten dann weitere Redebeiträge zur Asyl- und Abschiebepraxis in der BRD, zur Faschisierung der Gesellschaft (AKM - Antifaschistisches Kollektiv Maus) sowie zu Nazi-Subkultur und Rechtsrock (Autonome Antifa Heidelberg).

Im Redebeitrag der Gruppe AKM aus Karlsruhe heißt es unter anderem:

»**Hinter dem Faschismus steht das Kapital ...**

Am 8. Mai 1945 wurde die Kapitulation unterzeichnet und damit das Ende der Nazi-Diktatur besiegelt. Der Faschismus in Deutschland war geschlagen, aber keinesfalls zerschlagen. In einem kapitalistischen Staat hat das Finanzkapital, die Herren der Großkonzerne und Banken, die eigentliche Macht. Auch der Nazi-Faschismus war ein kapitalistischer Staat. Demzufolge hatten auch damals die Herren der Konzerne und Banken die Macht. Diese Macht behielten sie über den 8. Mai '45 hinaus. Auch wenn für eine gewisse Zeit die alliierten Siegermächte die politische Kon-

trolle in Deutschland übernahmen und die Macht des deutschen Finanzkapitals eingeschränkt war. Während die Herren der Konzerne und Banken im Nazi-Faschismus ihre Macht jedoch hauptsächlich mittels offener terroristischer Gewalt sicherten, so tun sie das heute in erster Linie durch Hetze und Propaganda. Das heißt jedoch nicht, daß das Finanzkapital heute auf die Gewalt als Mittel der Herrschaftssicherung verzichtet, genau sowenig, wie während der Nazi-Zeit auf Hetze und Propaganda verzichtet wurde. Der Unterschied zwischen Faschismus und „bürgerlicher Demokratie" liegt lediglich in der unterschiedlichen Gewichtung dieser beiden Herrschaftsmittel.

Die Faschisierung -
Schritt für Schritt in Richtung Faschismus

Das Verhältnis der beiden Herrschaftsmittel zueinander bleibt jedoch nicht konstant. Auch wenn sich die Herrschenden heute noch hauptsächlich auf die Hetze und Propaganda stützen, so wird die offene Gewalt als Unterdrückungsinstrument immer mehr verstärkt. Diese Entwicklung, die Verschärfung der Unterdrückung, der schrittweise Übergang von versteckten Formen des Terrors zur Ausübung offener terroristischer, faschistischer Methoden, der Abbau der ohnehin sehr beschränkten demokratischen Rechte wird allgemein als Faschisierung bezeichnet. (...) Nun stellt sich aber die Frage, welche Gründe es für die Faschisierung gibt, da doch die bürgerliche Demokratie momentan die bessere Form zur Verschleierung der Ausbeutungs- und Unterdrükkungsverhältnisse darstellt. Es dreht sich darum, die ohnehin nur sehr beschränkten demokratischen Rechte schrittweise abzubauen, bevor sie den Herrschenden gefährlich werden könnten. Die ständig wachsende Gier nach Profiten und neuen Einflußgebieten, in einer unter den imperialistischen Ländern restlos aufgeteilten Welt, kann ab einem bestimmten Zeitpunkt nur noch durch einen imperialistischen Krieg befriedigt werden. Für die Vorbereitung eines solchen Krieges, für die Militarisierung und Aufrüstung, brauchen die Herren der Konzerne und Banken Ruhe an der inneren Front. Um diese Ruhe zu gewährleisten, wird jeglicher Widerstand gegen die herrschende Ordnung bereits im Keim erstickt. Diese Entwicklung, die Faschisierung macht deutlich, daß der Übergang von einer bürgerlichen Demokratie zu einer faschistischen Diktatur zwar einen qualitativen Sprung ausmacht, aber dadurch keinesfalls die Herrschafts- und Produktionsverhältnisse umgestürzt werden. WelcheR dies verstanden hat, der/dem muß auch klar sein, daß der antifaschistische Kampf sich in erster Linie gegen diesen Staat richten muß. Damit wollen wir keineswegs die Nazis verharmlosen oder vom Kampf gegen die Nazis ablenken. Im Gegenteil, es ist unbedingt notwendig, den Nazis, wo immer auch möglich, vernichtende Schläge zu versetzen. Aber die Nazi-Banden und -Parteien sind nicht mehr als ein Instrument der Herrschenden im Prozeß der Faschisierung.«

Autonomes Redaktionskollektiv

Sabotage

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.
Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).
Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM
In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....
Straße/Nr. .....
PLZ/Ort .....
Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

"Für uns bedeutet Antifaschismus der Kampf ums Ganze."

Interview mit der Autonomen Antifa Heidelberg

So, hier nun also doch unser für einigen Wirbel sorgendes Interview mit zwei Angehörigen der Autonomen Antifa Heidelberg. *Nachdem uns Ende April - kurz vor Redaktionsschluß - bekanntgegeben wurde, daß das am 17.04.1998 geführte Gespräch nicht auf den zu seiner Veröffentlichung notwendigen Gruppenkonsens gestoßen war, mußten wir es widerwillig aus der Mai-Ausgabe draußen lassen. Unserer Enttäuschung machten wir in Form einer ins Vorwort gesetzten Anmerkung Luft, in der wir über diese „Peinlichkeit" lamentierten. Weil wir uns dabei ein bißchen im Ton vergriffen haben, wollen wir uns an dieser Stelle - ohne jetzt sentimental zu werden - dafür entschuldigen. Jetzt hat es ja doch noch geklappt, so daß wir euch nun das konsensual „abgesegnete", lediglich an einer einzigen Stelle gekürzte Interview präsentieren können:*

-Sabotage

Sabotage: Wann und aus welcher Situation heraus hat sich die Autonome Antifa Heidelberg (AA) gegründet?

Luke: Das war Sommer 1992, als Reaktion auf die Erstarkung der Nazi-Szene und die zunehmenden Pogrome.

Yoda: Nach der Wiedervereinigung war ja ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck zu verzeichnen, der auch mit einem starken Anwachsen der Nazi-Bewegung und im Zuge dessen mit einer Eskalation rechtsradikalen Terrors verbunden war. Begonnen haben diese Pogrome bereits 1991 mit den ersten Morden und dann mit Hoyerswerda, Rostock und alles, was dann folgte. Hier in der Region hatten wir dann eben die Pogrome von Mannheim-Schönau, was sicherlich auch ausschlaggebend für die Gründung der Gruppe war.

S.: Gab es in Heidelberg und Umgebung vorher keine Antifa-Zusammenhänge, die für die damaligen GründerInnen der Gruppe „attraktiv" gewesen wären?

Y.: Vor der Gründung der AA gab es keine organisierte Gruppe, die als Schwerpunkt den Kampf gegen organisierten Neofaschismus gehabt hätte; es gab aber sehr wohl linksradikale Zusammenhänge, insbesondere aus der Initiative für ein Autonomes Zentrum Heidelberg (AZ).

S.: Und da habt ihr euch am Anfang auch immer getroffen?

Y.: Ja, das AZ war immer Knotenpunkt für unsere logistische Arbeit.

S.: Sind von den damaligen Autonome Antifa-Mitglieder heute immer noch welche in der Gruppe?

L.: Wenige.

S.: Ist das ein Zeichen dafür, daß autonome Antifastrukturen - zumindest hier in Heidelberg - eher zu den linksradikalen Zusammenhängen zu zählen sind, die von den meisten quasi als Durchlauferhitzer „mitgenommen" und dann nach ein/zwei Jahren wieder verlassen werden?

L.: Ich hoffe mal, daß das nicht so ist. Das hat hier in Heidelberg sicherlich auch damit zu tun, daß es eine Universitätsstadt ist und viele Leute nur eine bestimmte Zeit in Heidelberg wohnen und in der Zeit dann hier Politik machen. Ein anderer Grund ist die Verbindlichkeit der Gruppe, die früher schwächer war. Der heutige Ansatz ist ein verbindlicher, und die Arbeit ist kontinuierlicher; die Leute bleiben länger in der Gruppe als früher.

S.: Das ist ja auch eher eine Kritik aus bürgerlich-liberalen Kreisen an Antifa- oder linksradikalen Zusammenhängen. Vor allem der Verfassungsschutz tut sich dabei hervor in seinen Analysen der autonomen Szene, indem er ihr nachsagt, sie reproduziere sich immer wieder selbst, also daß AktivistInnen nach ein/zwei Jahren aussteigen und durch neue Leute ersetzt würden. Seht ihr diese Fluktuation als bundesweites Phänomen, mit dem ihr in Heidelberg nicht konfrontiert seid?

Y.: Gerade in Heidelberg haben wir massive Probleme damit. Einmal der ständige Zu- und Wegzug von StudentInnen. Zum anderen die Attraktivität anderer Städte, in denen politisch mehr geht. Dennoch denke ich nicht, daß sich die Leute, die in linksradikalen Zusammenhängen aktiv waren, durch die Werte, die dort vermittelt und gelebt wurden, besser auf die bürgerliche Gesellschaft vorbereitet haben. Ganz im Gegenteil: die AA hat sich immer als systemantagonistisch verstanden, und so lebt auch ein Großteil ihrer Mitglieder. Meiner Meinung nach hängt diese Fluktuation in der autonomen Szene vielmehr damit zusammen, daß es keine gesamtgesellschaftlichen Perspektiven gibt, die die autonome oder die Antifa-Bewegung aufweisen können.

S.: In welcher Kontinuität seht ihr eure Gruppe?

L.: Hauptsächlich beziehen wir uns auf autonome Gruppen in den späten siebziger/frühen achtziger Jahren; z. B. auf die zu dieser Zeit aufkommenden Anti-Nazi- oder HausbesetzerInnen-Gruppen. Neben den autonomen und antiimperialistischen Zusammenhängen der siebziger/achtziger Jahre spielt für uns als linke Gruppe selbstverständlich auch das Verhältnis zum linken Widerstand in früheren Zeiten eine Rolle. Von daher sehen wir uns auch in einer Tradition des linken Widerstandes in den zwanziger und dreißiger Jahren. Wobei wir es heute selbstverständlich sehr viel leichter haben als die Menschen damals, und uns daher nicht direkt mit ihnen vergleichen.

S.: Wo liegen die Schwerpunkte eurer Arbeit?

L.: Schwerpunkt ist heute Anti-Nazi-Arbeit, wobei wir von unserem Selbstverständnis her sehr viel breiter arbeiten. Die relativ starke Nazi-Szene

in der Region vereinnahmt sehr viel Arbeit, da wir ständig im Anti-Nazi-Bereich arbeiten müssen.

S.: Ja, hier in der Gegend wohnen ziemlich viele Nazi-Kader, und mit diesem Naziterror auf der Straße sind wir zumindest hier in Heidelberg nicht in dem Maße wie anderswo konfrontiert. Heißt das, daß ihr euch eher auf dem theoretischen Level mit den Organisationsstrukturen hiesiger Nazis auseinandersetzt?

L.: Ja, das stimmt. Hier in Heidelberg trauen sich die Nazis noch relativ wenig, aber das gesamte geographische Umfeld ist ziemlich braun dominiert; gerade in der Pfalz und im Kraichgau sind zahlreiche Übergriffe auf MigrantInnen und Andersdenkende zu verzeichnen. Dort versuchen wir konkret anzusetzen.

S.: Wie weit geht die revolutionäre Verpflichtung eures Namens gegenüber? Was ist das spezifisch „Autonome" an euch, was das „Antifaschistische", was das „Autonom-Antifaschistische"?

Y.: Die eindeutige Bezugnahme auf die Autonome Bewegung in den achtziger Jahren hat eigentlich zwei maßgebliche Gründe: zum einen dieser undogmatische Ansatz linksradikaler Politik, das permanente kritische Hinterfragen bereits bestehender linksradikaler Bewegungen, zum anderen das militante Politikverständnis dieser Bewegung. Auch wenn wir uns auf diese Bewegungen beziehen, stehen wir deren Politik in großen Teilen kritisch gegenüber, wollen also eher aus ihren Fehlern lernen und uns weiterentwickeln. Antifa erklärt sich eindeutig durch unseren Schwerpunkt im Kampf gegen organisierte NeofaschistInnen, für uns bedeutet dies aber mehr als ein reiner Anti-Nazi- und Abwehrkampf. Für uns bedeutet Antifaschismus der Kampf ums Ganze!

S.: Wenn wir uns eure zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Jahre anschauen, dann wird deutlich, daß ihr - im Gegensatz zu eurer „Anfangszeit" - ein sehr breites Themenspektrum abdeckt. Führt diese begrüßenswerte „Öffnung", dieses bewußte Verlassen eines blokkierenden „SpezialistInnentums" nicht dazu, irgendwann zwar zu allem etwas zu sagen zu haben, aber insgesamt an „Effektivität" zu verlieren?

Y.: Das würde ich verneinen. Weil einmal mit dieser Öffnung zu diesen Themen auch eine Öffnung der Gruppe stattgefunden, sie sich also vergrößert hat, und dann, weil die Leute, die innerhalb der Gruppe die Anti-Naziarbeit betreiben, weiterhin dort ihren Schwerpunkt haben.

S.: Mit welchen Themen habt ihr euch in den letzten Jahren unter anderem auseinandergesetzt?

Y.: Alljährlicher Schwerpunkt der AA waren die Aktivitäten zum 30. April in Heidelberg, also die Arbeit gegen Studentenverbindungen und Burschenschaften und gegen deren Kontakte ins

nadir
infoSystem

betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*

http://www.nadir.org/

KONTAKT

web http://www.nadir.org/
eMail nadir@mail.nadir.org
Post Brigittenstraße 5, 20359 HH
fon 040 / 431 89 037 fr. 17[00] - 19[00]
fax 040 / 431 89 038

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden:
Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156-207

rechtsextreme Lager oder deren Bedeutung im gesellschaftlichen Kontext. Wir haben antirassistische Arbeit geleistet, geschichtliche Arbeit zur Reichspogromnacht, zur Novemberrevolution 1918, aber auch Internationalismus mit Veranstaltungen zu Kurdistan und Nordirland.

S.: Habt ihr auch eigene Broschüren herausgebracht?

Y.: Ja, eine Broschüre zur Veranstaltung zum 9. November 1918 und eine Broschüre zu den Studentenverbindungen in Heidelberg. Beide sind noch erhältlich.

S.: Woran arbeitet ihr zur Zeit?

L.: Wir machen eine Kampagne zur „Inneren Sicherheit", die im Zusammenhang mit einer bundesweiten Kampagne der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO) steht und hier vor Ort gemeinsam mit der Antifaschistischen Jugendaktion (AJA) durchgeführt wird. Dann sind [waren, Anm. d. Red.] wir an der vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN) und Gruppen aus der Pfalz und aus Mannheim veranstalteten Antifa-Mobiltour Ende Mai (siehe Text in der Mai-Sabo) beteiligt. [Angesprochen wurden auch die diesjährigen AA-Aktivitäten zum 30.04. in Heidelberg (Burschenschaftliches Maiansingen) und zum 01.05. in Leipzig (Nazi-Massenaufmarsch). Wir haben beides draußen gelassen, weil wir bereits zum Zeitpunkt des Interviews wußten, daß die *Sabo* mit dem Interview ganz sicher nach diesen beiden Terminen erscheinen würde. Anm. d. Red.]

S.: Könnt ihr nochmal genauer auf die eben genannten oder andere Gruppen eingehen, mit denen ihr zu diesen und anderen Themen zusammenarbeitet?

L.: Die AA/BO ist ein bundesweiter Zusammenschluß antifaschistischer Gruppen. Sie ist eine sehr verbindliche Struktur und hat eine ähnliche Arbeitsauffassung wie wir. Sie will nicht nur reine Anti-Nazi-Arbeit leisten, sondern eine Zusammenarbeit aller linksradikalen Antifagruppierungen in der BRD erreichen. Ihr gehören derzeit zwölf Gruppen an; wir sind seit Sommer '97 Mitglied. Dann arbeiten wir mit der AJA in einer AG „Innere Sicherheit" zusammen. Die Aktionen, die es zu diesem Thema geben wird, werden aber von weiteren Gruppen getragen; das sind zum Beispiel VVN/BdA, PDS und DKP.

Außerdem sind wir Mitglied im AARN, das für uns einen wichtigen Bestandteil in der Anti-Nazi-Arbeit der Region darstellt. Im ARNie, dem monatlichen Inforundbrief des AARN, veröffentlichen wir unsere aktuellen Pressemitteilungen, Flugblätter, Mobilisierungstexte usw.

Y.: Und schließlich nehmen wir seit Jahren am Bundesweiten Antifatreffen (BAT) teil, um andere Gruppen kennenzulernen, uns zu koordinieren und den Informationsfluß zwischen den Gruppen aufrechtzuerhalten.

S.: Hat das BAT einen anderen Ansatz als die AA/BO?

Y.: Ja, auf dem BAT wird in dem Sinne

inhaltlich nicht viel gearbeitet. Es gibt einen Anti-Nazi-Konsens, es ist ein sehr loser Zusammenschluß, in dem sehr wenig verbindliche Arbeit läuft. Leider gibt es auch noch einige Grabenkämpfe. Mit unserer Mitgliedschaft in beiden Organisationen versuchen wir, diese Grabenkämpfe zumindest ansatzweise zu überwinden.

S.: Kann es sein, daß der Begriff „antifaschistisch" von bestimmten Antifagruppen zur allumfassenden Ideologie erhoben und auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt wird? Wir meinen in diesem Zusammenhang vor allem das Flugblatt „Was Sie schon immer über die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation wissen wollten" der AA/BO. Darin heißt es, daß „eine antifaschistische, freie Gesellschaft nur entstehen [kann], wenn das System mit all seinen Übeln gekippt wird".

Y.: Also erstmal finde ich den Begriff „Ideologie" hier völlig unangebracht. Der Parole, daß Antifaschismus der Kampf ums Ganze sei, geht selbstverständlich eine politische Analyse voraus, die davon ausgeht, daß Faschismus nur eine Spielart der kapitalistischen Ordnung sei und demnach viele Unterdrückungsmechanismen, die im Faschismus anzutreffen sind, ihren Ursprung im Kapitalismus haben, und somit antifaschistische und antikapitalistische Arbeit nicht zu trennen seien. Dennoch würde ich mich wehren, sämtliche gesellschaftlichen Mißstände oder Unterdrückungsmechanismen unter dem Deckmantel des Faschismus laufen zu lassen. Nicht alle passen in eine Faschismusdefinition, und wir arbeiten selbstverständlich auch zu Themen oder Unterdrückungsverhältnissen, die losgelöst vom Faschismus betrachtet werden können.

S.: Unserer Meinung nach kann eine Gesellschaft sozialistisch oder libertär oder demokratisch sein; oder matriarchal, patriarchal, religiös! - Aber „antifaschistisch"? Das ist ein zur „Ideologie" erhobener, negierender Begriff. Damit läßt sich vielleicht ein Kampf bezeichnen oder eine Analyse, aber eine Gesellschaft? Also nochmal: Würdet ihr eine freie Gesellschaft als „antifaschistisch" titulieren?

Y.: Das hätten wir dann nicht mehr nötig. Und auch dann nicht, wenn sich wieder eine starke linksradikale Bewegung formieren würde. Aber zur Zeit müssen wir uns in der gesellschaftlich marginalisierten kleinen radikalen Linken leider darauf beschränken, Anti-Nazi-Kampf zu betreiben und staatliche Mißstände ansatzweise anzugehen. Wenn es wieder eine starke Bewegung gibt, dann müssen wieder positive Bezüge geschaffen werden, und wir können uns nicht in einem so negierenden Begriff wie „Antifaschismus" wiederfinden, sondern müssen unsere Utopien selbst entwickeln.

S.: Habt ihr konkrete Vorstellungen einer gesellschaftlichen Utopie?

Y.: Dazu gibt es in der Gruppe keine einheitliche Meinung. Schwerpunkt ist nach wie vor die Anti-Nazi-Arbeit. Wir haben leider nicht die Kapazität, eigene Gesellschaftsutopien zu erarbeiten. Es herrscht in der Gruppe kein Dogma. Bei

uns finden sich Libertäre, SozialistInnen, Undogmatische.

L.: Prinzip unserer Gruppe ist, spezifische ideologische Meinungen von Einzelnen eher in den Hintergrund zu stellen und zu versuchen, eine gemeinsame linksradikale Linie zu finden, die für alle tragbar ist.

S.: Seid ihr auch der Meinung, daß der bundesrepublikanische Repressionsapparat zur Zeit mit besonderer Härte gegen die Antifa vorgeht, weil diese in einigen ihrer Kampf- und Aktionsformen zukünftige Konflikte zwischen Kapital und Arbeit vorwegnimmt?

L.: Ich denke, das ist völlig übertriebene Selbsteinschätzung. Leute, die dieser Meinung sind, nehmen sich selbst etwas zu wichtig. Es ist eher so, daß der Aufbau des derzeitigen Repressionsapparates dem Zweck dient, mögliche kommende Aufstände der Bevölkerung präventiv zu verhindern; und sicherlich wird er [der Repressionsapparat] derzeit an der Antifa-Bewegung „ausprobiert"; aber erstens nicht in der dem Staat möglichen Härte, und zweitens existiert er nicht wegen uns.

Y.: Mit der gesellschaftsanalytischen Kompetenz von Leuten, die so etwas behaupten, kann es nicht weit her sein. Was hier als „besondere Härte" oder gar „kriegsmäßig" bezeichnet wird, war Mitte/Ende der siebziger Jahre Normalzustand in der BRD. Also, es trifft die Antifa bestimmt nicht sehr hart. Insgesamt betrachtet, werden hier - einhergehend mit dem Abbau sozialer Rechte - Instrumentarien geschaffen, um zukünftige soziale Bewegungen besser niederschlagen zu können. An der Antifa wird „nur" geübt.

S.: Ihr habt am 02.04.1998 im Kurhaus in Hirschhorn euren Vortrag zu den Jungen Nationaldemokraten abgehalten. Dazu eingeladen hatte neben der Antifa Neckar-Odenwald/ keine Lichterketten (ANO/kL) der SPD Ortsverein Hirschhorn. Verkehrte Welt oder effektive Bündnisarbeit?

L.: Also, das ganze geht auf eine Initiative der AARN-Mitgliedsgruppe ANO/kL zurück, und wir haben diese Veranstaltung in erster Linie auch mit denen gemacht. Primär, weil uns eine Zusammenarbeit mit dieser neuen Gruppe sehr wichtig ist. Die SPD war für uns in diesem Fall eher sekundär. Wir finden es selbstverständlich witzig, gerade mit der SPD eine Veranstaltung zu den Jungen Nationaldemokraten zu machen, nachdem sich gerade die SPD in anderen Städten doch sehr „kritisch" dazu geäußert hat. (Allgemeines Schmunzeln)

S.: Gibt es noch irgendwas, was euch wichtig wäre, das noch nicht angesprochen wurde?

L.: Uns wäre wichtig, daß sich die Zusammenarbeit unter den linken Zusammenhängen der Rhein-Neckar-Region in nächster Zeit etwas intensivieren würde.

Y.: Und zuallerletzt noch ein Appell an alle jungen Menschen: Wenn mensch sich die heutige Realität vor Augen hält, also den zunehmenden Nazi-Terror, die zunehmende Strukturierung der Nazi-Szene auch in dieser Region - z. B. „Hehls World" in Ludwigshafen [mittlerweile geschlossen, Anm. D. Red.] oder der Faschoterror in der Vorderpfalz -, ist es an der Zeit, sich in festen Gruppen zusammenzuschließen und Nazis offensiv entgegenzutreten. Also: Organisiert Euch!

Kontakt:
Autonome Antifa Heidelberg
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Tel./Fax: (06221) 2 26 52
e-mail: autonome-antifa-hd@link-ma.cl.sub.de
www: http://home.rno.de/azhd/aa/antifa.htm

S.: Wo und wie?

Y.: Die AA selbst ist eine relativ geschlossene Gruppe. Wenn ihr hier in Heidelberg sofort antifaschistisch tätig werden wollt, dann könnt ihr zur AJA gehen, die sich jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im AZ trifft. Trotzdem freuen wir uns, wenn uns Leute, die Interesse an antifaschistischer Arbeit haben, kontaktieren. Alles weitere erfolgt dann in Einzelgesprächen.

S.: Wir danken euch für dieses ausführliche Gespräch.

Demos & Veranstaltungen

Veranstaltungsreihe
„Innere Sicherheit - Sicherheit für wen?“

Die sogenannte Innere Sicherheit ist das Top-Wahlkampfthema in diesem Jahr. Bundesinnenminister Manfred Kanther hat unlängst das Jahr 1998 zum „Sicherheitsjahr“ erklärt. Aber was steckt überhaupt hinter dem Begriff „Innere Sicherheit“? Wessen Sicherheit ist damit gemeint? Mit Schlagwörtern wie „organisierte Kriminalität“, „Jugend“- und „Ausländerkriminalität“ werden von Politik und Medien Feindbilder geschaffen. Der Bevölkerung werden vermeintliche Verantwortliche für Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Armut präsentiert.

Diese Veranstaltungsreihe nimmt die Strukturen und Interessen, die hinter der „Inneren Sicherheit“ stehen, genauer unter die Lupe. Sie wird veranstaltet von: Autonome Antifa Heidelberg, DKP Heidelberg, DASOV, Deutscher Freidenker-Verband, Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen, PDS Heidelberg, Rote Hilfe e. V. OG HD, Roter Splitter, VVN/BdA.

Di. 02.06.
Veranstaltungsreihe im KaBa – 20.00

Innere Sicherheit - Sicherheit für wen?

Innere Sicherheit: Als Produkt neuer Bedrohungsszenarien hat dieses Thema in der BRD Hochkonjunktur. Der Ruf nach „Sicherheit und Ordnung“ dient jedoch zuallererst der Rechtfertigung von Herrschaft und Unterdrückung durch ein System, das immer mehr sozial Schwache produziert und gleichzeitig die Unternehmensgewinne in die Höhe schnellen läßt. In der Großen Koalition der „law and order“-PolitikerInnen besteht weitestgehend Einigkeit darüber, wie eine Umsetzung der „Inneren Sicherheit“ aussehen soll. Nach außen hin wird die Festung Europa gegenüber Flüchtlingen und Menschen aus der sogenannten „Dritten Welt“ hermetisch abgeriegelt. Nach innen sollen Großstädte - wie letztendlich auch der gesamte Staat - mit polizeistaatlichen Unterdrückungsmaßnahmen verwaltet werden. Das Ergebnis ist ein weiterer Abbau demokratischer Rechte und immer neue Unterdrückung gegen immer größere Teile der Bevölkerung. Seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze haben alle Regierungen weiter am Rad des Demokratieabbaus gedreht. Heute steht dieser Staat und seine politischen StellvertreterInnen für eine Politik der sogenannten Inneren Sicherheit, die den Abbau von Grundrechten als Allheilmittel im Kampf gegen Kriminalität predigt. Die Herrschenden, also die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik, wollen das Thema Kriminalität, insbesondere aber die angeblich höhere Kriminalität von Nichtdeutschen, ins Zentrum eines autoritären, polizeifixierten und auf das Schüren von Kriminalitätsängsten ausgerichteten Bundestagswahlkampfes rücken. So wird versucht, mit den Kriminalitätsängsten der Menschen von den Folgen der von ihnen betriebenen Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Kriegspolitik (wie z. B. in Kurdistan und Jugoslawien) abzulenken.

Referentin: Ulla Jelpke (MdB der PDS)

Beginn: 20.00 Uhr, Karlstorbahnhof, Großer Saal

Mo. 01.07.
Veranstaltungsreihe im KaBa – 20.00

Abspeichern - Abschieben - Abschotten
Die Festung Europa macht dicht
Das Schengener Abkommen und Europol

Wenn mensch der herrschenden Propaganda glauben schenkt, droht Europa und im speziellen die BRD von „Flutwellen“ und „Strömen“ heimgesucht zu werden. Gemeint sind damit aber keine Naturkatastrophen. Mit diesen Bedrohungsszenarien meinen die verantwortlichen PolitikerIn-

nen und ihre loyalen GehilfInnen in den Medien all diejenigen, die nach Europa und in die BRD einwandern. Mittlerweile wird das Schlagwort „Scheinasylant", das für die faktische Abschaffung des Asylrechts und rassistische Hetze herhalten mußte, durch Begriffe wie „organisierte Kriminalität", „Russenmafia" oder „Illegale" ersetzt. Ihnen gilt jetzt die ganze Aufmerksamkeit der im Namen der „Inneren Sicherheit" agierenden Abschiebestrategen - allen voran BRD-Innenminister Manfred Kanther. Eines der wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung der vermeintlichen Gefährdung der „Inneren Sicherheit" von außen stellt das Schengener Abkommen dar.

Referent: Martin Heiming (Rechtsanwalt)
Karlstorbahnhof, Gumbel-Raum
Beginn: 20.00 Uhr

Mi. 15.07.
Veranstaltungsreihe im KaBa 20.00

Verfassungsschutzbericht - ein Blick auf die Arbeit eines Geheimdienstes

Im Rahmen dieser Veranstaltung werden einige Einblicke in die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes geboten. Eine Behörde, die gerne im Verborgenen und Geheimen operiert, soll im Laufe der Veranstaltung etwas mehr ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Nach einer kurzen Einleitung über die Geschichte des Verfassungsschutzes und seiner Entstehung in ungebrochener Kontinuität aus der Zeit des Nazi-Faschismus, wird es im wesentlichen um die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes gehen. Hierzu werden regionale Beispiele aus über 20 Anwerbeversuchen des Verfassungsschutzes bei überwiegend Jugendlichen aus der antifaschistischen/autonomen Szene dargestellt und konkrete Bespitzelungsaktionen erläutert. Anschließend wird der Referent über Möglichkeiten berichten, Auskünfte von Sicherheitsbehörden zu erlangen.

Referent: Mitglied des Bundesvorstandes der Roten Hilfe e. V.
Karlstorbahnhof, Gumbel-Raum
Beginn: 20.00 Uhr

Fr. 05.06.
Disco im AZ 22.00

Party im Autonomen Zentrum Heidelberg mit dem **DJ Organisierte Kriminalität** (O.K.)

Am ersten Veranstaltungsabend zum 7-Jahres-Fest des Autonomen Zentrums Heidelberg wird DJ OK mit Alternative-, Indie- und Crossover-Mucke die Bude in der Alten Bergheimerstraße 7a zum Wackeln bringen. Attention!: Es besteht Einsturzgefahr!

Beginn: 22.00 Uhr, Eintritt 3,- DM

Sa. 06.06.
Konzert und Disco im AZ 19.30

Konzert im großen AZ-Saal mit DACKELBLUT, HOBLIN'S CHOICE, MONOCHORDS
Shut up and dance! im AZ-Keller mit den DJ's KENNETH, DANILO, HOOKAMAN
Party im großen AZ-Saal mit Überraschungsmusik und Heavy Dancing! nach dem Konzert

Am zweiten Veranstaltungsabend zum 7-Jahres-Fest des Autonomen Zentrums Heidelberg wird das verflixte 7. Jahr *so* gefeiert, daß der Feucht-Fröhlichkeit keine Grenzen gesetzt werden. Nach dem Auftritt von Hoblin's Choice und dem West-Coast-, California-, D.I., Descendents-Verschnitt Monochords fräsen sich die metallisch wummernde Gitarre und die kaputte Stimme der Hamburg-Combo Dackelblut in unsere kranken Gehirne, um uns alles auslöschender Implosionen entgegenzutreiben. Nebenbei kracht es im Keller mit dem seit Monaten aufs Perfekteste eingespielten shut up and dance-Team. Und schließlich gibt es nach dem Konzert noch eine Disse im großen Saal, die via konserviertem Tanzrhythmus das Motto der beiden 7-Jahres-Fest-Abende - **AZ Bleibt!** - in die Gemüter der sicherlich zahlreich anwesenden ZuhörerInnenschaft trägt.

Einlaß: 19.30 Uhr, Eintritt 8,- DM

Sa. 06.06.
Demonstration in Offenburg **14.00**

Kein Mensch ist illegal!
Grundrecht auf Asyl wiederherstellen!
Abschiebungen stoppen!

„Fünf Jahre nach der Abschaffung des Asylrechts am 26. Mai 1993 wird Flüchtlingen in der BRD ein Leben, ein Überleben immer unmöglicher gemacht. Immer mehr Menschen, die vor Krieg, Folter, Vernichtung oder Hunger fliehen mußten, werden abgeschoben. (...)

Die neueste Gesetzesverschärfung, das Asylbewerberleistungsgesetz, trifft diejenigen Flüchtlinge, die zwar ausreisepflichtig sind, aus verschiedenen Gründen aber geduldet werden. Ihnen sollen künftig sowohl Sozialhilfe und Wohngeld als auch medizinische Versorgung vorenthalten werden. Diese Maßnahme kommt faktisch einem Aushungern der Flüchtlinge gleich Wer trotz allem hierher kommt und bleibt, hat auch darüber hinaus nichts zu lachen. (...) Neben der rassistischen Vorgehensweise von Behörden und ständig willkürlichen Personalienkontrollen und Mißhandlungen durch Polizei und Bundesgrenzschutz, sind sie häufig auch offenen Anfeindungen durch größer werdende Teile der deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Am Ende des Aufenthalts vieler Flüchtlinge steht in den meisten Fällen die gewaltsame Abschiebung und damit häufig die Rückkehr in das Elend oder die Gefängnisse, Folter und Tod.

Jeder Mensch sollte das Recht haben, dort zu leben, wo sie/er es für richtig hält. Keinem Menschen dürfen aufgrund seiner Herkunft oder Hautfarbe politische und soziale Rechte vorenthalten werden. Dafür gehen wir am 6. Juni auf die Straße."

Beginn: 14.00 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Offenburg

Veranstaltet von: Antifa Offenburg, Arbeitskreis Asyl Oppenau, Collectif de Soutien aux Sans-Papiers Strasbourg, PDS Ortenau, SDAJ Karlsruhe u. a.

So. 07.06.
Theateraufführung im AZ **21.00**

Konkurrenz-Theater mit dem Stück „Bagnacavallo" von Marlene Streeruwitz

„Romeo ist Zuhälter Als der Stadtteil, in dem er operiert, abgerissen werden soll, sieht er seine Stunde gekommen: Er schwingt sich zum Anführer der BewohnerInnen auf und erklärt den ausbeuterischen DelNords den Krieg. Doch bald gerät die Situation außer Kontrolle... Im Zentrum des Geschehens stehen die BewohnerInnen von Romeos Revier, einem makabren Mikrokosmos voll Neid, Haß, seelischer Verstümmelung und Perversion, der manchem/r Zuschauer/in vertrauter vorkommen wird, als ihm/ihr lieb ist."

Beginn: 21.00 Uhr, Eintritt 5,- DM

Unter der Leitung von Bernhard Schrotter

Veranstaltungsreihe

„Carmen, Courage - Frauenbilder einer Minderheit"

»Die gängigen Frauenbilder, die über die Medien verbreitet werden, diskriminieren alle Frauen: die spezielle Diskriminierung, die Frauen von Minderheiten erfahren, baut darauf auf und verstärkt bestimmte Aspekte. Das ist bei Carmen der Fall, der bekanntesten Figuration einer „femme fatale", aber auch bei der Courage, einer Figur, die auf den Barockdichter Grimmelshausen und später vor allem durch Brecht berühmt geworden ist: das holzschnittartige Bild eines „gestandenen Weibsbildes", das sich in schwierigen (Kriegs-) Zeiten durchs Leben schlägt. Carmen und Courage markieren ein Feld, das mit seinen vielfältigen semantischen Facetten und affektiven Schwingungen einen kulturellen Code umreißt: die Konstruktion einer Weiblichkeit in der das Wunschbild der sexuell emanzipierten und ökonomisch selbständigen Frau nur als Alptraum in Erscheinung treten darf. Die FachreferentInnen versuchen, dieses Terrain aus unterschiedlichen Blickwinkeln auszuleuchten«:

Fr. 19.06.
Veranstaltungsreihe im DKDSR 19.00

„Die Liebe vom Zigeuner stammet ...": Carmen - die Minderheiten-Ikone von Freiheit, Lust und Laster

Referentin: Dr. Luc Jochimsen

Dokumentations- und **K**ulturzentrum **D**eutscher **S**inti und **R**oma, Bremeneckgasse 2

Fr. 25.06.
Veranstaltungsreihe im DKDSR 20.00

Die Erfindung der schönen „Zigeunerin"

Referentin: Prof. Dr. Christina von Braun

Dokumentations- und **K**ulturzentrum **D**eutscher **S**inti und **R**oma, Heidelberg

Di. 23.06.
Film im AZ 21.00

Film „1984" im AZ HD

»Werkgetreue Neuverfilmung des [utopischen] Romans von George Orwell, die hart und direkt mit den Schockeffekten der Vorlage die Vision eines totalitären Überwachungsstaates entfaltet, zugleich aber auch Ästhetik und Lebensgefühl der englischen Nachkriegsgesellschaft im Entstehungsjahr des Romans (1948) heraufbeschwört.«

„1984", England 1984, Regie: Michael Radford, Länge 110 min

Veranstaltet von der Antifaschistischen Jugend Aktion (AJA)

Carmen, Courage - Frauenbilder einer Minderheit

Fr. 26.06.
Film im AZ 21.00

Film „Blue Velvet" im AZ HD

»Ein in seine Heimatstadt, ein amerikanisches Provinznest, zurückkehrender Student wird durch den Fund eines abgeschnittenen Ohres und die eigene, immer zwanghafter werdende Neugier in einen kaum vorstellbaren Abgrund von Gewalt und „Perversion" hineingezogen. Ein doppelbödiger Film, der sich im krassen Eindringen in finsterste menschliche Abgründe zugleich mit der Fragwürdigkeit traditioneller Weltbilder beschäftigt.«

„Blue Velvet", USA 1985, Regie: David Lynch, Länge: 120 min

Beginn: 21.00 Uhr

Veranstaltet vom Roten Splitter

JUZ MA

selbstverwaltet Antifaschistisch

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Blz.: 100 500 00 / Kto-Nr.: 0670017787

Termine im Juni 1998

DI 02.06. Konzert mit ATTILA THE STOCKBROKER 20.00 Uhr

DO 04.06. Konzert mit ASSÜCK, STACK und GOMORRHA 20.00 Uhr

SA 06.06. Krempelmarktfrühstück ab 8.00 Uhr

FR 12.06. Spiritual Night (Gothic-Dark Wave-Disco) 22.00 Uhr

SA 13.06. N.E.W.I.W. - die Mitternachtsdisco im JUZ: Drum 'n' Bass 23.00 Uhr

SA 20.06. Konzert mit G.O.H., JUGENDFREI, CARSTEN VOLLMER, PURE PAK und ASHES & LIES 20.00 Uhr

DI 23.06. Konzert mit CATHARSIS und REVEAL 20.00 Uhr

DO 25.06 Billigbiertag 19.30 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim